

## **5. Nicht tatenlos in die Strommangellage schlittern**

Dringliche Interpellation Hans Egli (EDU, Steinmaur), Christian Lucek (SVP, Dänikon), Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen) vom 22. August 2022  
KR-Nr. 273/2022

*Ratspräsidentin Esther Guyer:* Es beantwortet die dringliche Interpellation mündlich der Baudirektor, Regierungsrat Martin Neukom.

*Regierungsrat Martin Neukom:* Wir steigen direkt ein in die Materie und ich beantworte gerne diese Fragen.

Zu Frage 1: Die Stromversorgung in der Schweiz unterliegt den Bestimmungen des Stromversorgungsgesetzes, kurz StromVG. Darin ist definiert, dass die eidgenössische Elektrizitätskommission ElCom die Entwicklung überwacht. Stellt die ElCom fest, dass sich eine Gefährdung der Versorgungssicherheit abzeichnet, dann unterbreitet die ElCom dem Bundesrat Vorschläge für entsprechende Massnahmen. Der Regierungsrat erachtet die Stromversorgungssicherheit in der Schweiz und auch im Kanton Zürich als extrem wichtig, und zwar nicht erst seit diesem Jahr. Das zeigt sich, wenn man auch die älteren Stellungnahmen der Regierung zu Bundesgeschäften anschaut, beispielsweise die Stellungnahme der Regierung zum Stromversorgungsgesetz 2019. Damals hat die Regierung gefordert, dass man in der Revision des Stromversorgungsgesetzes einen Selbstversorgungsgrad aufnimmt und die entsprechenden Massnahmen festlegt, um diesen Selbstversorgungsgrad zu erreichen; dies natürlich, um die Versorgungssicherheit mit Strom zu stärken. Auch in der Energiestrategie und -planung 2022, also der neusten Version, wird die Stromversorgung als eine der zentralen Herausforderungen dargestellt, insbesondere die Stromversorgung in den Wintermonaten.

Zur Erarbeitung – und das wissen Sie schon – von Massnahmen bezüglich der Energiemangellage aktuell oder der Vorbereitung auf eine mögliche Energiemangellage haben wir einen Führungsausschuss eingesetzt, der sich um diese Thematik kümmert, eine Arbeitsgruppe, die Innerbetriebliches erarbeitet, Sparmassnahmen für den Kanton selber, also da, wo wir selber Strom und Gas verbrauchen. Gewisse dieser Sparmassnahmen sind bereits in Umsetzung, Weiteres werden wir zu gegebener Zeit kommunizieren.

Zu Frage 2: Wissen Sie, Massnahmen zur Energieeffizienz sind nichts Neues. Ich erlaube mir hier auch eine gewisse politische Bemerkung, dass ich es durchaus interessant finde, dass viele, die jetzt diese dringliche Interpellation unterzeichnet haben, bis vor kurzem noch überhaupt nichts wissen wollten von Energieeffizienz oder von Energiesparen. In dem Sinne nehme ich das natürlich positiv zur Kenntnis, dass jetzt hier Energiesparen von verschiedenen Seiten gefordert wird. Schon vor zehn Jahren hat der Kanton bei seinen eigenen Grossverbrauchern entsprechende Zielvereinbarungen abgeschlossen. Das mag vielleicht etwas speziell sein, Zielvereinbarungen mit sich selber abschliessen, aber seit 2006 haben wir selber als Grossverbraucher bereits 12 Prozent Energie einsparen können. Das ist doch

eine substantielle Menge. Auch im Gebäudebestand werden laufend Massnahmen umgesetzt zur Verringerung des Stromverbrauchs, seien das Installationen von Bewegungsmeldern für das Licht in Gebäuden oder die Umstellung auf LED. Auch die Umstellung auf LED in der Strassenbeleuchtung wird vorangetrieben, und das spart dann doch erhebliche Mengen Energie, weil LED einfach deutlich, deutlich effizienter sind. Übrigens hat auch das Immobilienamt bereits im Juli dieses Jahres unsere privaten Mieterinnen und Mieter, also dort, wo wir Gebäude und Räumlichkeiten an Private vermieten, angeschrieben, um Ihnen die Möglichkeiten des Energiesparens aufzuzeigen.

Zur Frage 3: Für die Versorgung der Bevölkerung mit Gütern ist die Wirtschaft zuständig. Das ist so gesetzlich geregelt. Bei einer Mangellage, welche die Wirtschaft nicht mehr aus eigener Kraft bewältigen kann, tritt die wirtschaftliche Landesversorgung ein. Die wirtschaftliche Landesversorgung ist beim Bund angesiedelt, es gibt das Bundesamt für die wirtschaftliche Landesversorgung. Das Ganze ist geregelt im Bundesgesetz über die wirtschaftliche Landesversorgung. Zurzeit laufen diesbezüglich sehr intensive Arbeiten und Massnahmen in allen Bereichen und auf allen Stufen, das heisst auf Stufe Bund, natürlich auch auf Stufe der Kantone, zwischen den Kantonen und auf Stufe der Gemeinden laufen entsprechende Vorbereitungsarbeiten. Die Massnahmen dazu kennen Sie grundsätzlich schon, ich kann es nochmal ganz kurz darstellen. Die Massnahmen kann man in zwei Kategorien unterteilen: Das eine sind Massnahmen zur Prävention. Wir ergreifen Massnahmen, damit es gar nicht erst so weit, zu einem Ereignisfall, kommt. Und das zweite ist: Wie bereiten wir uns vor, um einen Ereignisfall möglichst gut zu überstehen? Und mit «Ereignisfall» meine ich jetzt natürlich irgendeine Form von schwerer Strommangellage, wo gewisse Verbraucher direkt schon abgeschaltet werden müssen oder – noch schlimmer – wo es zu rollierenden Abschaltungen kommen würde.

Zur Prävention: Sie sind in Kenntnis, dass der Bund eine Energiespar-Kampagne gestartet hat. Ebenfalls machen wir auf allen Ebenen innerbetriebliche Massnahmen, das heisst, das hat der Bund selber schon kommuniziert, einige Städte und Kantone haben schon kommuniziert, der Kanton ist hier ebenfalls am Arbeiten. Wichtig dabei ist: Das ist natürlich nur ein kleiner Teil der Energie, den hier die öffentliche Hand selber einsparen kann, das ist klar. Aber vielleicht können Einsparungen eines Kantons oder einer Stadt auch weitere motivieren, weitere Private motivieren, Einsparungen zu machen.

Weiter zur Prävention: Möglich ist die Umstellung der Zweistoffanlage, das Anwendungsverbot von gewissen Anwendungen wie Heizpilzen oder was auch immer, Verbrauchsbeschränkungen; da sind bezüglich des Gasverbrauchs bereits zwei Verordnungen des Bundes in der Vernehmlassung, bezüglich des Stromverbrauchs warten wir noch auf die Verordnungsentwürfe des Bundes. Wenn es noch weiter geht, kommt es zu Kontingentierungen. Auch hier wird es mutmasslich irgendwann noch konkretere Informationen von Bundesseite geben. Und was ich auch schon erwähnt habe, ist die Verwendung von Notstrom-Generatoren, um das Netz zusätzlich zu stabilisieren und im Winter zusätzliche Energie zu produzie-

ren. Hier hat ebenfalls der Bund bereits Vorkehrungen getroffen, dass dies möglich ist im Winter. Dazu hat er die Luftreinhalteverordnung und die CO<sub>2</sub>-Verordnung bereits angepasst. Im Ereignisfall, von dem wir alle hoffen, dass es nicht so weit kommt, aber falls es so weit kommt, müssen wir uns primär darauf fokussieren, dass wir die kritische Infrastruktur weiterhin betreiben können.

Ich schreite weiter zur Frage 4, bevor meine Redezeit aufgebraucht ist, Frage 4 kann ich nur allgemein beantworten: Pro Grad Raumtemperatur kann man eine Reduktion von rund 6 Prozent des Energieverbrauchs erwarten.

Zur Frage 5: Das AWEL (*Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft*) hat 2014 die Gemeinden dazu verpflichtet, ein Konzept zu machen für die Trinkwasserversorgung in Notlagen, darin ist ebenfalls eine Empfehlung für Notstromgeneratoren enthalten. Allerdings war da der Hintergedanke nicht eine Strommangellage, sondern eher ein Blackout. Und um das zu vergleichen: Ein Blackout ist, wenn unkontrolliert plötzlich der Strom ausfällt, beispielsweise, weil ein Baum auf eine Stromleitung fällt oder irgendein ausserordentliches Ereignis eintritt. Dann brauchen Sie kurzfristig einen Notstromgenerator, um diese Zeit zu überbrücken, bis alles repariert ist. Eine Strommangellage zeichnet sich langfristig ab, ist in diesem Sinne ein anderes Szenario. Nun, die meisten Gemeinden haben entsprechende Notstromaggregate für die Trinkwasserversorgung bereits installiert und sind daher hier ausgerüstet.

Zur Frage 6: Es ist nicht Sache des Regierungsrates, einzelnen Betrieben Empfehlungen für Notstromaggregate abzugeben. Deshalb verzichten wir darauf.

Besten Dank.

*Hans Egli (EDU, Steinmaur):* Ich muss sagen, ich bin enttäuscht von den Antworten des Regierungsrates und ich gehe davon aus, dass im Saal hier drin alle meine Enttäuschung teilen. Als Vertreter der Realwirtschaft muss ich sagen: Wir sind auf Führung angewiesen. Hier ist Verantwortung gefragt. Hier ist gefragt, dass man Verantwortung wahrnimmt. Und darum trifft der Titel der Interpellation eigentlich den Nagel auf den Kopf: nicht tatenlos in die Strommangellage schlittern, um das geht es heute Morgen bei dieser Interpellation. Wie gesagt, ich habe den Ausführungen des Baudirektors zu unseren sechs Fragen gespannt zugehört, und ich muss sagen: Ich bin wirklich enttäuscht, ich hätte eine solche Antwort nicht erwartet. Ich habe wirklich konkrete Massnahmen erwartet. Es genügt nicht keine konkreten Massnahmen zu beschliessen. «Spare in der Zeit, so hast du in der Not» hiess es früher, und das ist aktuell auch das Thema. Jede heute gesparte Megawattstunde trägt dazu bei, dass der Worst Case unwahrscheinlich wird. Das sind nicht Worte von mir, sondern es sind Worte von der grünen Nationalrätin aus dem Zürcher Oberland, Marionna Schlatter. Wie gesagt, diese Worte teile ich und diese Worte muss man ernst nehmen. Es ist grobfahrlässig, wenn wir den Energieverbrauch nicht senken, wenn wir dadurch konkret in eine Mangellage kommen und diese uns mit Wucht erfassen wird. Ich frage mich wirklich, ob der Baudirektor den Ernst der Lage erkannt hat.

Was vor allem fehlt, ist ein Aufzeigen, wie der Verbrauch im Kanton Zürich gesenkt werden kann mit welchen Massnahmen und wie viel Einsparpotenzial sich

damit erzielen lässt. Der Baudirektor hat erzählt, ein Grad Raumtemperatur bringe uns 6 Prozent Energieersparnis. Das ist ein guter Wert, ein sehr guter Wert, aber jetzt müssen wir das doch umsetzen. Wenn ich hier an die Decke schaue, da brennen viel zu viele Scheinwerfer, die Hälfte würden genügen. Wir alle sind gefordert und auch die Verwaltung ist gefordert. Ich hätte erwartet, dass der Baudirektor heute Morgen hier drin sagt: «Ja, wir senken die Temperatur auf 19, auf 18, auf 17 Grad, weil wir dadurch so und so viel Prozent Energie einsparen und so das allgemein geplante Energieziel von 15 Prozent Stromsparen eben auch erreichen.» Es ist wirklich eine Frage des Sparens, das heute beginnt. Und eine Spurguppe, die hier wieder irgendein Konzept entwirft, hilft uns nicht weiter. Die Bevölkerung muss weiter natürlich all diese Massnahmen dann auch kommuniziert erhalten. Es ist wichtig, dass die Kommunikation auch nachvollziehbar ist. Und wenn man dann bezüglich Glaubwürdigkeit so agiert wie der Bundesrat, indem man einfach sagt, ja, man soll nur noch alle zwei Tage duschen, am besten zu zweit, dann muss ich sagen: Das sind zwar Ideen, aber sie verstärken die Glaubwürdigkeit nicht, sondern bewirken eher ein mildes Lächeln. Bis jetzt muss ich feststellen: Die Regierung macht einen Blindflug und hofft, dass dann irgendwie alles gut kommt. Gelinde gesagt hat man den Eindruck, die Regierung verschläft und verkennt die Brisanz der Situation.

Wir erwarten von der Regierung: Agieren statt reagieren, konkrete Verbrauchszahlen kommunizieren, konkrete Sparziele benennen, konkrete Umsetzung, um die Sparziele von mindestens 15 Prozent zu erreichen. Eine Taskforce einzuberufen, aber nichts Konkretes – und genau das ist jetzt passiert –, nichts Konkretes zu beschliessen, das hilft uns wahrlich nicht.

Ich nenne Ihnen ein Beispiel: Die Stadt Zürich hat vor zehn Jahren eine Studie erstellen lassen, «Betrieb ohne Nutzen» war der Titel. Bei 72 öffentlichen Gebäuden wurde der Stromverbrauch ausserhalb der Nutzerzeiten untersucht, und das Resultat ist bemerkenswert: Bei Schulen und Verwaltungsgebäuden betrug der Verbrauch ohne Nutzen 56 Prozent. Voilà, wir haben ein grosses Sparpotenzial, das müssen wir nutzen. Oder konkret: Die Stadt Zürich hat schon Massnahmen beschlossen. Sie hat gesagt, sie reduziert die Temperaturen in den öffentlichen Gebäuden auf 19 Grad. Sie hat gesagt, dass in Räumen, die nicht regelmässig genutzt werden, das Maximum 15 Grad beträgt. Wie gesagt, das erwarte ich auch von der Regierung, aber nicht morgen und nicht übermorgen, sondern ich habe das gestern erwartet. Wir brauchen Massnahmen, und ich weiss nicht, wie es weitergeht. Wie gesagt, ich bin sehr enttäuscht von der Regierung. Anscheinend braucht es den politischen Druck des Parlaments, damit Sofortmassnahmen beschlossen werden. Danke vielmals.

*Rosmarie Joss (SP, Dietikon):* Zuerst eine Vorbemerkung: Die Optik auf diese Thematik ist bei mir wahrscheinlich etwas durch die Tätigkeit als Milizmitglied der WL (*Wirtschaftliche Landesversorgung*) im Strombereich beeinflusst. Nun aber zur politischen Bewertung der SP: Wieso haben wir eine potenzielle Strommangelage? Die Energiestrategie 2050 ist es nicht, ohne sie gäbe es heute kein

AKW mehr, das läuft, es gäbe auch kein AKW mehr, das geplant würde. Zusätzliche Gaskraftwerke würden bei einer Gasmangellage wohl auch nicht wirklich helfen. Wir haben ein Problem, weil es trocken war, sehr trocken, weil viele AKW in Frankreich rosten und weil uns jemand den Gashahn zuge dreht hat. Plus: Seit der Teilliberalisierung des Strommarktes in den Nullerjahren hat niemand mehr die Gesamtverantwortung für das System Stromversorgung. Man hat sich sträflich auf das Funktionieren des Marktes verlassen, denn der Markt funktioniert ja immer. Aber was machen wir, wenn wir wie heute einen teils dysfunktionalen Markt haben? Und des Weiteren gab es keinen klaren Zubauplan der Erneuerbaren. Wenn die Privaten gebaut haben, war es gut, wenn sie nicht gebaut haben, auch. So organisiert man keine Energiewende.

Und nun haben wir die Situation, wie sie ist, und stehen vor einer potenziellen Strommangellage. Heute sind wir in der Situation: Die Welt ist noch nicht untergegangen, aber man wäre ein Tor, wenn man sich nicht auch auf das Schlimmste vorbereiten würde, das wären dann die zyklischen Netz-Abschaltungen. In diesem Zusammenhang muss man sich überlegen: Was sind die Aufgaben des Kantons Zürich? Die Bewirtschaftungsmassnahmen sind eine klare Aufgabe des Bundes gemäss LVG (*Bundesgesetz über die wirtschaftliche Landesversorgung*). Kanton und Gemeinden – und mit «Gemeinden» ist nicht nur die Stadt Zürich gemeint – sollten sich sehr gut auf die wahrscheinlichsten Massnahmen vorbereiten. Dies sind, wenn man schaut, vor allem Bewirtschaftungsmassnahmen, die Verbrauchseinschränkung – die ist relativ einfach, da sagt Bern, was man machen soll – und die Kontingentierung. Insbesondere die Kontingentierung müssen der Kanton und auch die Gemeinden und, wie ich hoffe, auch alle Unternehmungen möglichst gut vorbereiten.

Die wichtigste Tätigkeit von uns allen ist aber dafür zu sorgen, dass wir am Schluss gar nicht in eine Strommangellage kommen. Das heisst, Energie muss heute gespart werden. Wir haben ein sehr gutes Beispiel von der Stadt Zürich gehört, wie sie das analysiert hat. Ich bezweifle, dass das die anderen Gemeinden überall so flächendeckend gemacht haben, aber ich denke, man kann Gas geben. Wie schon erwähnt: Die Halle 9, wenn man hier nach oben blickt, ist wohl nicht nur ein glänzendes Beispiel.

Was man sich auch bewusst sein muss, ist, dass jegliche Bewirtschaftungsmassnahmen, die über Komfortbeschränkungen hinausgehen, Schaden anrichten. Man macht es ja auch nicht zum Spass, man macht das, weil Nichtstun noch viel verheerender wäre. Das heisst, der Kanton muss für die Zukunft oder für die sehr nahe Zukunft sicherstellen, dass die schnell steigenden Energiekosten nicht zu Härtefällen bei Privaten und bei Unternehmen führen. Insbesondere muss die Volkswirtschaftsdirektion sich überlegen, welche Unternehmen zu welchen Bedingungen Anspruch auf Überbrückungskredite haben sollen. Wir sollten aber auch die Situation heute als Chance ergreifen. Eigentlich merken endlich alle, wie wichtig es wäre, wenn wir weniger Energie verprassen würden. Wir müssen bei der Energie vorwärts machen. Es gibt hier viel zu viel ungenutztes Potenzial beim Staat und bei den Privaten und vor allem auch bei den Unternehmungen. Wenn

wir hier nächstes Jahr nicht massiv besser dastehen, dann haben wir es also wirklich versaut. Und wir müssen uns auch überlegen, wie unsere Organisation der Versorgung mit elektrischer Energie aussieht. Wir müssen die Kontrolle über die AXPO (*Schweizer Energieunternehmen*) verstärken, damit sie keine Rettungsschirme braucht. Wir müssen auch das Verhältnis zwischen der AXPO und den Kantonswerken verändern, deshalb werden heute verschiedene Vorstösse eingereicht.

Es ist noch nicht zu spät, um um die Strommangellage herumzukommen. Packen wir es an, nehmen wir uns alle an der Nase, der Kanton, die Gemeinden, wir als Private und auch alle Unternehmen. Wir schaffen das – vielleicht.

*Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen):* Eine ganz kurze Vorbemerkung: Das Thema mit der Beleuchtung hier im Saal habe ich vor einiger Zeit bereits mit Moritz von Wyss, dem Leiter der Parlamentsdienste, besprochen. Offenbar ist es so, dass wir hier so viel Licht brauchen, weil wir ja auch einen Livestream haben. Und deshalb braucht es offenbar so viel Licht.

Ich bedanke mich beim Herrn Baudirektor für die Ausführungen. Natürlich ist die FDP nicht nur ganz glücklich. Grundsätzlich ist es ja so, dass das Gespenst der Strommangellage umgeht. In den letzten Wochen konnte man fast täglich in der Presse und in den Medien über die befürchtete Winterstrommangellage in der Schweiz lesen. Es ist generell von einer Verknappung der Strommenge auszugehen, getrieben durch die Verknappung von Erdgaslieferungen, die zur Stromproduktion verwendet würden. Und aufgrund der anhaltenden Verknappung gerade von Erdgas ist auch mit Einschränkungen für die Bevölkerung und die Wirtschaft zu rechnen. Soweit haben wir wohl Einigkeit. Vor drei Wochen haben sich im Rat hier bereits der Baudirektor und die Volkswirtschaftsdirektorin (*Regierungsrätin Carmen Walker Späh*) geäußert, und trotzdem fragen sich Parlamentarierinnen und Parlamentarier, aber auch die Bevölkerung wohl seit Wochen: Was kann denn die Zürcher Regierung unternehmen? Was kann sie unternehmen und was unternimmt sie konkret?

Wir verstehen seitens der Parlamentarier von der FDP, dass die Gas- und Stromversorgung Sache der Energiewirtschaft ist und dass es Bundeskompetenzen gibt. Aber wir sind überzeugt, dass der Kanton Zürich gerade als Grossverbraucher durchaus Möglichkeiten hat, eigenständig mit einer wirksamen Massnahmenplanung einer Strommangellage vorzubeugen. Und es geht ja darüber hinaus auch um eine Notversorgungsplanung. Und da hat die Zürcher Regierung, zusammen mit den Kantonswerken, namentlich den EKZ (*Elektrizitätswerke des Kantons Zürich*), doch sicherlich einen gewissen Spielraum, wobei «Spielraum» vielleicht der falsche Ausdruck ist. Es geht ja um die Pflicht der Regierung weiterzudenken und für die Not vorzusorgen.

Vor drei Wochen wurde hier im Rat ausführlich die Organisation vorgestellt, welche sich ämterübergreifend und zusammen mit den Gemeinden der Herausforderung annimmt, inhaltlich aber blieb doch einiges im Vagen. Und auf der Webseite des Kantons – die wurde extra erwähnt – findet man zwar tatsächlich Hinweise, eben auch auf die Bundeskompetenzen, und andererseits auch eine ganze Liste

nützlicher Sparmassnahmen. Das finden wir soweit gut, aber es fehlen doch konkrete und detaillierte Hinweise, was der Kanton in eigener Kompetenz zu tun gedenkt. Daher betonen wir nochmals: Die Notfallplanung in Bezug auf die Kontingenzierung ist äusserst dringend. Und sie betrifft ja nicht nur das kantonale Umfeld. Beim kantonalen Umfeld denke ich an die Verwaltung, ich denke an den ZVV (*Zürcher Verkehrsverbund*), die Kantonsstrassen mit ihren Beleuchtungen, die Kantonsschulen, aber es betrifft auch die Gemeinden und da die Gemeindewerke und die Schulen. Wir sind der Meinung, dass der Kanton vorbildhaft sein muss. Wenn die Bürgerinnen und Bürger schon sparen müssen, dann soll der Kanton auch sagen, wo und wie er zu sparen gedenkt.

Auffallend ist auch: Andere Kantone sind da etwas agiler unterwegs. So hat der Kanton Aargau angekündigt, auf die Beleuchtung der Schlösser zu verzichten; vielleicht ein Symbol, ja, ich höre es, ein Symbol, aber doch ein wichtiges Symbol. Wenn die Bevölkerung sparen muss, dann muss es eben auch der Kanton machen. Und es ist wichtig, dass die Behörden hier vorangehen. In Bezug auf das Vermeiden von Lichtemissionen sind wir eigentlich gleicher Meinung. Lichtemissionen in der Nacht sind schädlich für die Natur. Wir diskutieren das in der KEVU (*Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt*) seit einiger Zeit. Wir haben da Anträge vorliegen, mit denen die FDP bei der Strassenbeleuchtung sparen will. Was macht der Kanton? Bis jetzt haben wir noch nichts gehört. Eine weitere Frage würde uns auch interessieren, es geht um die Grundlage für die Entscheidungen: Geht es dem Kanton Zürich wie dem Bund? Fehlen uns etwa Entscheidungsgrundlagen, wo und wie wir Stromsparen könnten? Wir alle kennen mittlerweile die Stromsparaufrufe an die Bevölkerung und wir haben auch schon von den kaskadenartig aufgebauten Stromabschaltungen gehört. Aber wen betrifft es wann, wie und wo konkret, wenn vom zeitweisen Abschalten von entbehrlichen Einrichtungen, der Einschränkung bei gewissen Branchen die Rede ist? Und was sollen beispielsweise Schulen machen, wenn es konkret wird und vorübergehend Stromabschaltungen beschlossen werden. Ich frage mich, ist die Bildungsdirektion aktiv eingebunden? Als Schulpräsidentin habe ich da noch nichts gehört.

Zum Thema des «Panic Level», das Martin Neukom vor drei Wochen angeschnitten hat, möchte ich hinzufügen, dass mit jeder Woche, in der nichts Konkretes gesagt wird, es etwas schwerer fällt, ruhig zu bleiben.

Ganz aktuell heute Morgen in der NZZ: «Kantone befürchten Blindflug in den Krisen-Winter.» Das sollten wir nun doch wirklich auf Kantonsebene vermeiden. Besten Dank.

*Florian Meier (Grüne, Winterthur):* Wir Grüne danken dem Regierungsrat für seine ausführliche Beantwortung der Fragen. Wir Grüne wollen seit 40 Jahren den Energieverbrauch senken und wir wollen die Erneuerbaren ausbauen. Es ist schön, dass nun auch die EDU, die SVP und die FDP mittlerweile so weit gekommen sind, wir kommen da nur zusammen durch. Nun, was wird passieren, wenn nicht genügend Gas und Strom verfügbar sein werden? Alle unter Ihnen, die die Medienkonferenz zur Energiestrategie und Energieplanung verfolgt haben, wissen es spätestens seit Mitte Juli. Der Regierungsrat hat damals die Kaskaden, die

vom Bund vorgegeben werden, vorgestellt. Es ist übrigens der SVP-Bundesrat und Vorsteher des Departements für Wirtschaft (*Guy Parmelin*), der Massnahmen erst verordnen will, wenn eine Mangellage da ist. Kehren Sie doch mal vor Ihrer eigenen Tür, geschätzte Vertreter der SVP!

Mit der zweiten Frage wollen die Interpellanten wissen, wieso der Regierungsrat keine Massnahmen im Kanton verordnet hat. Da muss ich sagen: Ich bin froh, dass der Kanton dort spart, wo er kann, aber nicht mit Verordnungen vordrescht. Vielleicht erinnern sie sich noch, als im August 2020 in den Geschäften im Kanton Zürich eine Maskenpflicht eingeführt wurde und in den östlichen Kantonen nicht. Die Geschäfte im Osten des Kantons haben darunter gelitten. Kunden von ennet der Grenze blieben zu Hause, diejenigen innerhalb des Kantons, die Mühe mit Masken hatten, nahmen weitere Einkaufswege auf sich. Ein koordiniertes Vorgehen unter den Kantonen ist wichtig, damit es kein Chaos gibt.

Bei Frage 3 suggerieren die Interpellanten, es könnten alle normal so weitermachen wie bisher und die Regierung könnte notfalls noch vom Mond ein bisschen Strom und Gas zukaufen. Das stimmt so natürlich nicht, ganz Europa sitzt im gleichen Boot. Wenn in Frankreich die Hälfte aller AKW wegen Sicherheitsmängeln ausfällt, dann spürt dies ganz Europa, nicht nur die Schweiz. Wichtig ist, dass alle machen, was sie können, und früh genug anfangen, genau wie in der Pandemie. Wenn Sie Ihre Geräte nachts vom Stromnetz trennen und so den Stand-by-Verbrauch senken, dann können Sie 10 Prozent Strom sparen. Wenn Sie bei der Arbeit ihren PC über Mittag ausschalten, können Sie weitere 10 Prozent Strom sparen. Wenn Sie das Wasser beim Duschen während des Einseifens abschalten, dann können Sie rund 30 Prozent Energie sparen. Energiesparen ist einfach und ohne Einschränkungen möglich, Sie müssen es nur tun.

Die vierte Frage kann Ihnen jeder Energieberater einfach beantworten: Wenn Sie ein Gebäude weniger stark beheizen, können Sie 6, bei neuen modernen Gebäude sogar bis 12 Prozent der Wärme sparen. Bei 3 Grad sind es also zwischen 18 und 36 Prozent. Das gilt für Gebäude, die dem Kanton gehören, wie für alle anderen Gebäude. Nur wenn die Gebäude mit Fernwärme beheizt werden, hilft es natürlich wenig, wenn man damit Strom und Gas sparen will.

*Valentin Landmann (SVP, Zürich):* Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie: Wir befassen uns mit Sparmassnahmen. Wir bemühen uns auch vom Bund her, von den Elektrizitätsfirmen her, von der Politik her, Elektrizität möglichst ökologisch zu produzieren. Und dann erfahren wir zu unserem Schrecken, dass die ganze Produktion, die ganze ökologische Produktion der Schweiz bereits x-fach auf x Jahre hinaus verspekuliert, verzockt, verkauft worden ist durch die Handels-Tycoons der AXPO, einer Gesellschaft, die immerhin von den Kantonen und vom Bund getragen wird. Diese Spekulationen sind grössenwahnsinnig und enorm schädlich für unsere Versorgungssicherheit. Die AXPO hat mehrmals auf Nachfrage der Politik und der Presse betont, dass die Versorgungssicherheit der Bürger ihr am Arsch vorbeigeht, verzeihen Sie die Ausdrucksform. Es ist kein Geschäftsziel, Versorgungssicherheit zu schaffen. Man spekuliert mit Zeitgeschäften, die

insgesamt Termingeschäfte von über 65 Milliarden Franken umfassen. Der normale Bürger und Einwohner stellt sich vor: Man verwendet die ökologisch hergestellte Elektrizität der Schweiz. Und wenn man etwas zukaufen muss, dann kauft man eben auf dem Markt Strom zu und das kostet dann mehr. Habt ihr euch einmal gefragt, warum wir heute zehnmal so viel für Strom bezahlen? Das ist nicht einfach der Krieg, das sind nicht die Umstände, das ist diese Spekulation, die uns das bringt. Wir dürfen unseren Strom nicht mehr verwenden, weil er schon längst verzockt ist. Weder Wasserkraftwerke noch AKW der Schweiz produzieren heute teurer. Aber wenn wir alles schon verzockt haben und auf dem aktuellen Markt einkaufen müssen, dann kostet es zehnmal so viel.

Wenn wir den Regierungsrat nach Spar- und Vorsorgemassnahmen fragen, dann frage ich auch: Ist es nicht auch eine Verantwortung der Regierung, die Verantwortung als Aktionär der AXPO wahrzunehmen? Es ist eine Umweltschutz-Eigenart der Schweiz, das schmutzig gewordene Flaschen in der Schweiz materialgetrennt entsorgt werden. Das muss auch für AXPO-Verwaltungsräte und -Management gelten. Ich könnte mir zehnmal besser unseren Baudirektor im Verwaltungsrat der AXPO vorstellen. Ich kann mir vorstellen, dass er, wiewohl Mitglied der Grünen Partei, was ich aber sehr achte, durchaus in der Lage wäre, der wahn-sinnigen, der grössenwahnsinnigen Spekulation auf die Finger zu schauen. Ich danke euch für die Aufmerksamkeit.

*Benno Scherrer (GLP, Uster):* Ich versuche wieder zu den Fragen Stellung zu nehmen. Gestern Sonntag hiess es in den Medien, dass das Bundesamt für Energie in einer Analyse zum Schluss gekommen ist, dass 25 bis 40 Prozent des Stroms ohne Komforteinbusse und ohne neue Gesetze eingespart werden könnte.

«Nicht tatenlos in die Strommangellage schlittern»: Nachdem die Regierung letzte Woche mit der Antwort auf diese dringliche Interpellation noch nicht bereit war, hätten wir heute eine Bezugnahme seitens des Energieministers auf diese Analyse erwartet. Und vor allem – ganz konkret bei Frage 2 – hätten wir gerne etwas zu den Grossverbraucher-Vereinbarungen des Kantons gehört, den Vereinbarungen mit sich selber, seinen eigenen Anstalten, und eben auch den Grossverbrauchern. Ich stelle also folgende ergänzende Fragen: Was ist dort der Stand? Wie gross ist dort das Potenzial? Ist das Potenzial seitens des Kantons mit seinen Grossverbraucher-Vereinbarungen bereits ausgeschöpft? Hat der Kanton es dort in der Hand, beschleunigt einzusparen? Welche Möglichkeiten hat der Kanton?

Die Aussagen im grossen NZZ-Interview von letzter Woche waren ja fast informativer als das, was wir heute gehört haben, nämlich mit Zahlen unterlegt. Die Regierung hätte es heute in der Hand gehabt, umfassend zu informieren. Sie hätte das tun sollen. Aus dem Parlament kommen Fragen bezüglich Energieversorgung und Strommangellage schon lange, auch von uns Grünliberalen. Antworten haben wir vorläufig denkbar wenige bekommen. Wir erwarten rasch konkrete Antworten, ohne immer fragen zu müssen. In dieser sich abzeichnenden Krise erwarten wir mehr vom Energieminister. Danke.

*Daniel Sommer (EVP, Affoltern a. A.):* Mit grossem Erstaunen nehme ich jetzt die Rufe nach rigiden staatlichen Eingriffen zur Kenntnis – aus einer Ecke, die bei den kleinsten Einschränkungen sofort von «Diktatur» spricht, Corona lässt grüssen.

Ich bin mit den Interpellanten insofern einig, dass der Kanton handeln muss, und zwar unabhängig des gemächlichen Tempos des Bundes. Aber es gibt etwas zwischen Tatenlosigkeit und aktionistischem Übereifer. In diesem Sinne begrüessen wir es sehr, dass die Regierung ein breit abgestütztes Führungsgremium aufgestellt hat. Entscheidend ist für uns als EVP, für uns alle, wie hoch der Stellenwert zur Stützung von Wirtschaft und Gewerbe ist. Und wohlverstanden, es geht nicht um milliardenschwere Rettungsschirme. Aber es sind konkrete Vorbereitungen nötig, Firmen in ihrem Kampf gegen den Kollaps zu unterstützen. Als Staat haben wir es nun in der Hand, entweder Unternehmen zu stützen oder dann nachher die massiven Folgen von Firmenschliessungen und Entlassungen in Kauf zu nehmen. Eigentlich ist jetzt schon vieles gesagt, darum nur noch ein Appell an uns alle: Behalten wir jetzt kühlen Kopf und lassen wir uns nicht zu Placebo-Massnahmen hinreissen. Wir brauchen jetzt keine Blackout-Szenarien, sondern vielmehr «Rising-Sun»-Perspektiven. Statt jetzt die Energie für die Suche nach Schuldigen aufzuwenden, sollten wir sie eher in den überparteilichen Schulterschluss investieren.

*Manuel Sahli (AL, Winterthur):* Besten Dank an den Regierungsrat für die wiederholte – kann man fast sagen – Beantwortung solcher Fragen, wir wurden ja schon von zwei Wochen proaktiv informiert, was der Regierungsrat genau unternimmt. Wir von der AL haben das Gefühl, er habe es soweit im Griff beziehungsweise reagiere adäquat, soweit man das beurteilen kann, was natürlich in dieser Lage auch nicht ganz einfach ist.

Doch was haben wir hier vor uns? Wir haben eine bürgerliche Interpellation, welche die Energiemangellage thematisieren will. Und Sie kritisieren – wir haben es von Herrn Egli gehört und von Herrn Landmann – den nicht funktionierenden freien Markt. Das ist der freie Markt, den Sie selber wollten. Sie waren dafür, nicht wir von der Ratslinken, nicht wir von der AL, wir waren dagegen. Wir waren von Anfang an dagegen und sind es immer noch. Und jetzt wollen Sie diesen freien Markt durch den Staat retten lassen, das ist schon ein bisschen absurd. Wir baden quasi hier Ihre Krise aus. Und mit Ihren Fragen hier wollen Sie ein Mikromanagement machen beziehungsweise wollen vom Regierungsrat noch detailliertere Massnahmen, konzentrieren sich dabei hauptsächlich auf den Kanton. Was aber ausgeblendet wird oder was Sie hier gar nicht fragen, was aber durchaus auch ein Thema sein kann: Welche Massnahmen macht denn die Wirtschaft oder wo spart die Wirtschaft? Und hier hat vor zwei Wochen zumindest Herr Neukom durchaus schon gewisse Gedanken geäussert, wobei wir den Eindruck hatten, dass sich hier der Regierungsrat eventuell auch noch nicht einig ist.

Nun ja, aber was fehlt uns von der AL bisher in der ganzen Sache? Bisher haben wir gehört, was der Kanton Zürich übernimmt, dass er einen entsprechenden Stab organisiert. Wir haben vor zwei Wochen Frau Walker Späh gehört, wie sich um

die Wirtschaft kümmert. Und wir von der AL fragen uns: Wer kümmert sich um die Endverbraucher? Wer kümmert sich um den kleinen Mann? Oder, um es vielleicht noch anders zu sagen: Den Letzten beißen die Hunde – Fragezeichen. Hier vermissen wir noch Statements, hier sehen wir Handlungsbedarf, nämlich bei den Kleinen, bei denen, die betroffen sind von der Teuerung, der Krankenkassenprämienerrhöhung, dem Energiesparen. Und genau hier hören wir nämlich nichts, und hier hören wir genau nichts von Ihnen, liebe Bürgerliche. Eher das konkrete Gegenteil, wie wir von Ueli Maurer (*Bundesrat und Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements*) gehört haben, hier wollen Sie nichts machen, hier wollen Sie untätig bleiben. Die Kleinen sollen schlussendlich «blechen».

Sprechen wir doch mehr darüber, was unsere Regierung hier unternehmen kann, was unser Kanton hier unternehmen kann, um den Kleinen, die definitiv nichts für diese Krise können, die auch vorher nicht am freien Strommarkt eingekauft haben, die aber aus den gleichen Ursachen hier ebenso betroffen sind, wie wir diesen helfen, und betreiben wir nicht mit dieser Interpellation ein Scheingefecht. Sprechen wir darüber, dass wir hier einen freien Markt haben, der von Anfang an nicht funktioniert hat und der definitiv von Ihnen, liebe Bürgerliche, verschuldet worden ist – und nicht von uns.

*Yvonne Bürgin (Die Mitte, Rüti):* Das Wissen, wie man Strom sparen kann, ist schon lange bekannt. Aber genau diejenigen, die nun am lautesten nach dem Staat schreien, waren wohl bisher noch nie auf der Webseite Energie Schweiz oder auf all den anderen Webseiten, welche es seit Jahren gibt und die Stromsparen propagieren. Dass die Schweiz im Winter eine Stromlücke hat, ist ebenfalls schon lange bekannt. Nur hat niemand damit gerechnet, dass ein Krieg den ganzen Stromhandel durcheinanderbringt. Und dass eine Strombörse analog der Finanzbörse schlecht auf Krisen reagiert, ist ja auch nicht wirklich eine überraschende Nachricht. Die Lösung wäre auch schon lange bekannt: mehr erneuerbare Energien. Aber genau diejenigen Parteien, welche sich jahrelang gegen das neue Energiegesetz gesträubt haben, schimpfen nun über die Regierung. Wenn jemand verschlafen hat, dann vielleicht der ehemalige Baudirektor (*Altregierungsrat Markus Kägi*), der das Energiegesetz zu lange in der Schublade liegen liess.

Die Umsetzung fossiler auf erneuerbare Energien braucht nun aber Zeit, Zeit, die uns nun davonrennt. Aber immerhin, es ist erfreulich, dass endlich alle am gleichen Strick ziehen, was das Energiesparen angeht. Vorbildliche Firmen, vorbildliche Gemeinden und auch viele Privatpersonen haben ihre Hausaufgaben schon lange gemacht und den Energieverbrauch stark gesenkt. Aber wir müssen mehr tun. Diesen Winter sind in erster Linie wir alle gefordert. Fragen Sie Google, es gibt viele Webseiten, viele Hilfsblätter wie man Strom sparen kann. Über diesen Winter werden wir kommen. Parallel dazu ist natürlich auch der Kanton gefordert, aber wichtig ist jetzt, dass wir auch das neue Energiegesetz anwenden, bald umsetzen und weg von den fossilen Energien kommen. Besten Dank.

*Christian Lucek (SVP, Dänikon):* Werte Regierungsratskandidaten Sommer und Scherrer und restliche, noch vorhandenen Anwesende bei dieser langen Debatte

im Saal und Zuschauer zu Hause, in dieser Diskussion – es wurde von Benno Scherrer sehr treffend gesagt – sind die Antworten leider wirklich etwas mager, ich würde fast sagen nichtssagend, ausgefallen. Das bedauern wir sehr, denn auch die Erklärungen, die hier vom Baudirektor erfolgen, erscheinen mir – es tut mir leid, ich muss es so sagen – doch etwas schulmeisterlich. Wir brauchen keine Erklärung zur Differenz zwischen einer Strommangellage und einem Blackout, wir sind hier nicht in der Primarschule. Alle, die sich hier mit der Thematik beschäftigt haben, wissen ganz genau, um was es geht, und ich erwarte auch eine entsprechend fachliche Antwort von der Regierung auf solche doch wichtigen Anfragen. Und da geht es wirklich darum, dass wir die Sache ansprechen. Es geht darum, dass die Energiestrategie mit dem einzigen Fokus auf die CO<sub>2</sub>-Reduktion einfach schlicht gescheitert ist. Sie führt uns in katastrophale Szenarien, wie sie nun halt tatsächlich vor der Türe stehen. Weg von der Ideologie, weg von der Ideologie hin zur Sachpolitik! Es geht hier um die Versorgungssicherheit. Es geht nicht darum, das Vorbild für die ganze Welt zu sein und irgendwo 1 Kilogramm CO<sub>2</sub> einzusparen, sondern es geht um essenzielle Versorgungssicherheit als wesentlichen Faktor der Standortsicherheit in der Schweiz. Und da haben wir echten Handlungsbedarf. Wir erwarten diesbezüglich auch Antworten auf diese Fragen. Kurzfristig müssen auch grüne Tabus angegangen werden. Das Thema «Energiegesetz» ist gefallen. Frau Bürgin muss ich einfach sagen: Im Energiegesetz, genau dort haben wir Artikel drin, die uns die Lage eben eher erschweren als erleichtern. Nur als kleines Beispiel: Sie kennen meinen Vorstoss zur Sistierung von Paragraph 11. Jede Notheizung, die in diesem Winter eingesetzt werden muss, ist eine absolute Kilowattfresserin, jede, die wir einsparen können, indem wir diesen Passus im Energiegesetz einfach sistieren, bis wir wieder eine stabile Lage haben, garantiert einem ganzen Dorf, dass man nicht frieren muss oder immerhin warm duschen kann. Und es geht auch um solche Sachen und da müssen wir jetzt in Gottes Namen von allen Seiten ein wenig über gewisse Hürden springen.

Wir fordern sowohl kurz-, wie mittel- und langfristige Konzepte, und zwar ohne Technologieverbote. Da gehören auch Massnahmen dazu, die den Grünen schwerfallen. Sofern Sie einen namhaften Teil zur stabilen Energieerzeugung beitragen wollen, einen namhaften Beitrag – nicht Symbolik, sondern namhaft, wir sprechen auch von Bandenergie –, investieren Sie Ihre Energie dort hinein und nicht in Symbolik, wie Windkraftwerke, die im Kanton Zürich ein minimales Potenzial aufweisen bei maximalem Schaden für unsere Umwelt und Landschaft. Wir erwarten, dass die Lage ernst genommen wird, und auch, dass das Parlament ernst genommen wird, und wir erwarten entsprechende Pläne der Regierung.

*Hans-Peter Amrein (parteilos, Küsnacht):* Herr Regierungsrat, ich habe von Ihnen keine Antwort auf die sechs Fragen gehört, sondern viel Prosa. Dürfte ich bitte um konkrete Antworten auf die Fragen 1 bis 6 bitten? Grund dafür: Ich habe diese Interpellation nicht mitunterschrieben, ich wurde nicht begrüsst, und es ist hochinteressant für mich als Parteilosen. Aber ich habe keine Antwort gekriegt vom Regierungsrat, ganz besonders etwa auf Frage 4, wo es darum geht, was minus 3 Prozent Wärmegrade in den öffentlichen Gebäuden wirklich einspart. Und

wenn mir jetzt Florian Meier für seinen Chef die Antworten gibt, ist das auch nicht befriedigend, dann reicht es mir nicht.

Noch kurz zu Valentin Landmann und auch hier eine Frage an unseren Regierungsrat: Ich denke, die ganze Sache mit der AXPO ist sehr komplex, und es betrifft ja nicht nur die AXPO, sondern auch die Alpiq (*Schweizer Energieunternehmen*) und wahrscheinlich auch die EKZ. Da wurde sehr viel mehr vorwärts verkauft, als vorhanden ist. Und es wurde ein Mehrfaches von dem, was vorhanden ist, gehandelt, und eben nicht nur an der Börse, einem meiner Vorredner zugerufen, sondern auch sogenannte «Over the Counter», und da muss man nämlich weniger Sicherheiten hinlegen. Und wie Sie wissen, ist nur schon das Börsengeschäft von der AXPO so aus dem Ruder gelaufen, dass es jetzt scheinbar Sicherheiten braucht. Aber ich sage «scheinbar», ich komme aus dem Geschäft, ich habe mal ein Börsenhandelssitz geführt. Ich behaupte, ich verstehe etwas davon.

Ich bitte den Herrn Regierungsrat, uns zu sagen, ob die Zürcher Regierung eine Sonderprüfung bei der AXPO eingeleitet hat. Und da geht es nämlich dann, wie Valentin Landmann richtig gesagt hat, schlussendlich unter dem Strich auch um die Versorgungssicherheit. Und das, denke ich, ist das Vordringlichste: Hat die Zürcher Regierung geschaut, dass das jetzt passiert? Alles andere, warum die Zürcher Regierung sich jetzt hinter dem Bundesrat versteckt, das werden wir sicher noch in diesem Rat in zwei bis drei Wochen bei weiteren dringlichen Vorstössen besprechen.

*Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen):* Ich finde es schade, dass wir diese Diskussion erst jetzt führen und nicht schon vor einem Jahr oder vor einem halben Jahr geführt haben, denn alle Parteien hier drin haben ein Postulat (*KR-Nr. 282/2021*) unterschrieben, bereits am 12. Juli 2021 – da wurde uns der Gashahn noch nicht abgedreht –, und wir haben dort auch gefordert, der Regierungsrat solle uns aufzeigen, welche kantonalen Massnahmen ergriffen werden müssen, um die Stromversorgung des Kantons für die kommenden Jahre im Fall einer Strommangellage sicherzustellen. Und dabei geht es darum, diese Szenarien vorzubereiten, vorbereitet zu sein, was man tun soll: Potenzial einer kurzfristigen Reduktion des Strombedarfs, Kommunikationskonzept zur Umsetzung des Stromappells im Kanton Zürich, Konzept zur Umsetzung der Kontingentierung des Stromverbrauchs veröffentlichen. Ich frage mich, warum man es nicht geschafft hat, das zur gegebenen Zeit zu beantworten und jetzt Szenarien zu haben, Antworten zu haben. Stattdessen muss man hier wieder Lösungen finden und diskutieren, wenn die Krise bereits eingetreten ist. Das war vor einem Jahr.

Und zu Manuel Sahli, wenn man die Schuld einfach dem freien Markt geben will: Uns war das schon immer klar, dass hier die Gefahr besteht. Aber Sie wollten immer den Ausstieg aus dem Gas. Den haben Sie nun, das ging ein bisschen schneller, das ist ja genau das, was Sie sich immer gewünscht haben. Und nun sehen wir, dass es eben nicht mehr aufgeht. Und wenn Sie nur mit den Alternativen kommen, dann ja, im Sommer haben wir bereits genügend Strom. Die Frage ist: Wie bringen Sie das in den Winter hinüber? Und wenn Sie jetzt bereits renommierten Ökonomen in Deutschland zuhören, die die Energiestrategie oder den

Wandel von Deutschland rechnen: Wenn man von den Alternativen eine Vollkostenrechnung machen würde, von den Windrädern, von Fotovoltaik, und man die Doppelinfrastruktur amortisieren und zusammenzählen müsste, wie Gaskraftwerke oder Speicherkraftwerke, dann fragt sich, ob das nicht teurer wird als ein Atomkraftwerk. Da sind die Ökonomen eher der Meinung, dass es günstiger wäre, wenn man hier innovativ auf modernere Kernkraftwerke gesetzt hätte. Und es wird wahrscheinlich auch dazu führen, dass wir nicht darum herumkommen, auch nicht in Deutschland. Das werden Sie noch sehen.

Aber uns stört, dass diese Debatte so unter Zeitdruck, so kurzfristig wieder geführt wird. Und wir sollten bereits jetzt in den nächsten Winter schauen, in einem Jahr, oder dann, wenn Sie, Linke und Grüne, die Atomkraftwerke abstellen möchten. Was machen Sie dann, wenn noch alle Autos elektrisch fahren sollen? Das wird nicht funktionieren und damit bleiben wir dabei, dass diese Energiestrategie tatsächlich gescheitert ist.

*Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen):* Ich möchte da nur unterstützen. Wir haben im Moment eine Schönwetterpolitik in der Energiefrage oder in der Stromfrage, und die SVP hat schon länger darauf hingewiesen, dass das eben eine Schönwetterpolitik ist, die nicht funktioniert. Und Tobias Weidmann hat das jetzt schön aufgezeigt, dass eben genau das der Fall ist. An die Adresse von Herrn Sahli: Wir haben es schon immer gesagt und bei der Nichtgenehmigung des NOK-Ablösungsvertrag haben wir auch schon darauf hingewiesen – da sind wir sogar gemeinsam mit euch unterwegs –, dass es eben nicht funktionieren wird. Und wir haben auch immer gesagt und schon längstens darauf hingewiesen, dass es zu einer Strommangellage kommt. Und eine Antwort des Herrn Baudirektors hat mich jetzt bestätigt, nämlich, dass zu viele Köche den Brei verderben. Und genau darum geht es, das hat die SVP schon im Januar auf Bundesebene gesagt: Wir haben zu viele Zuständigkeiten in diesem ganzen Bereich, und es braucht wirklich jemanden, der die Verantwortung übernimmt, der auch handlungsfähig ist, und nicht das Problem dem Nächsten zuschiebt. Genau das hat ja die SVP im Januar gefordert, da war noch keine Rede vom Ukraine-Krieg, da war noch keine Rede von Gasmangellage und so weiter. Das hat es jetzt einfach alles noch verschärft.

Ja, wir haben es gesagt, wir wollen eine eigene Steuerung, die den Namen wirklich verdient, und dazu werden ja heute Vorstösse eingereicht. Da ist die Baudirektion als grösster Aktionär und als indirekter Aktionär über die EKZ doppelt gefordert. Wir wollen, dass die produzierte Energie den eigenen Kantonen zur Verfügung steht, für die Kunden im gebundenen Markt. Da hat die Baudirektion eine Verantwortung, das zu wollen. Das wollten wir schon länger und wird heute mit den eingereichten Vorstössen nochmals konkretisiert. Wir wollen auch, dass in der Schweiz in die Stromproduktion investiert wird, und nicht im Ausland. Das wollen wir nicht erst seit jetzt, das hat die SVP schon immer gefordert. Was wir auch gefordert haben: Wir haben immer Technologie ohne Technologie-Verbot gefordert. Wir wollen, dass die Stromproduktion im Inland gefördert wird. Und wenn jemand sagt, dass die SVP das verhindert hat, dann ist er einfach auf dem

Holzweg. Das stimmt so nicht. Wir haben immer gefordert, dass die Stromproduktion im Inland gefördert wird.

Es braucht mittelfristig Vereinbarungen, auch mit den Standortkantonen der Wasserkraftwerke. Dazu hat der Baudirektor noch gar nichts gesagt. Wir wissen alle, dass es da zum Heimfall kommt, und es braucht Vereinbarungen, es braucht diese Investitionen. Die Bergkantone sind gar nicht in der Lage, diese Investitionen in diesem Ausmass zu tätigen. Wir brauchen unbedingt Lösungen auch in diesem mittelfristigen Bereich.

Zusammenfassend: Die Baudirektion ist dreifach gefordert: als grösserer Aktionär der AXPO, als Eigentümer der EKZ und als verantwortliche Direktion für die Strommangellage. Danke, wenn Sie die Aufträge, die Ihnen das Parlament heute mit diesen Vorstössen geben wird, tatsächlich umsetzen und Antworten liefern.

*Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen) spricht zum zweiten Mal:* Nach meinen Vorrednern fühle ich mich jetzt bemüssigt, ein zweites Mal hier das Wort an Sie zu richten und etwas klarzustellen: Die FDP hat diese dringliche Interpellation unterzeichnet, weil wir Antworten auf die Frage der Vorbereitung des Kantons zur drohenden Strommangellage fordern. Wir wollen weder eine Debatte zur Energiewende noch zum Zubau von Erneuerbaren, noch zur Kernkraft, noch zur Schuldfrage. Fokussieren wir uns doch auf die Fragen, die wir eingereicht haben, auf die Antworten. Wir wollen auch keine Debatte zum Energiegesetz. Das sind alles alte Kamellen, wir brauchen jetzt diese Antworten auf unsere Anfrage.

Natürlich ist heute Martin Neukom hier, aber er ist in unseren Augen der Vertreter der Regierung. Und wir erwarten, dass die gesamte Regierung hier die Verantwortung übernimmt. Wir erwarten konkrete Informationen zu den Massnahmen, sei es bei den Strassen, sei es bei den Schulen, bei den Sporteinrichtungen, in der Verwaltung. Wir wollen keine Debatten mehr über die ganze Frage der Energie, sondern konkrete Antworten auf unsere Fragen. Besten Dank.

*Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach):* Danke, Barbara Franzen, für diesen wichtigen Hinweis, es geht um die Gesamtregierung. Und die SVP probiert jetzt, irgendwie dem Baudirektor die ganzen Sorgen des Kantons Zürich aufzuladen, was ein bisschen komisch ist. Und man merkt es ja schon, Sie verstehen auch die ganzen Prozesse nicht richtig, wenn Sie zum Beispiel sagen, die Baudirektion sei der Aktionär der AXPO. Der Kanton Zürich ist immer noch Aktionär der AXPO, Sie können es wenden und drehen, wie Sie wollen. Vielleicht hätte Martin Neukom ja sogar noch Freude, wenn er Aktionär der AXPO wäre, dann könnte er dort nämlich mehr machen. Aber eben, weil Wahlkampf ist, verdrehen Sie jetzt bewusst die Sachen, das ist schon ziemlich unglaubwürdig. Unglaubwürdig ist auch das ganze Gerede, dass die Energiestrategie gescheitert sei. Ich sage es gerne nochmals, ich habe es schon ein paarmal gesagt in diesem Rat: Es kann nicht etwas scheitern, was noch gar nie begonnen hat. Und Sie tun übrigens so, geschätzte SVP, als wären Sie in den letzten 20 Jahren in Bern, in Bundesbern nicht in der Mehrheit gewesen. Sie tun so, als hätten Sie in den letzten 20 Jahren kein

Wort bei der Energiepolitik mitgeredet. Sie tun auch so, als hätten Sie in den letzten fünf Legislaturen, ausgenommen in dieser jetzt, in der Energiepolitik des Kantons Zürich nie das Sagen gehabt. Es wären alles nur die Rotgrünen gewesen, die diese Politik bestimmt hätten. Stimmt nicht, da verkennen Sie die Tatsachen. Sie wollen Ihrer eigenen Politik, die Sie in den letzten 20 Jahren betrieben haben, nicht ins Auge sehen. Nun gut, wir Grüne, wir begrüßen Ihre Kehrtwende. Wir begrüßen es sehr, dass Sie den Weg zur Energiewende einschlagen wollen. Und wir sind bereit, auch über diese Voten von Ihnen hinwegzusehen und zu sagen: Klar, gehen wir diesen Weg gemeinsam, gehen wir auch gemeinsam dieses Problem der Strommangellage an. Wir sind begeistert davon, dass Sie es derart ernst nehmen. Denn schauen Sie, diese Voten, wie sie jetzt hier gehalten werden, verunsichern einfach nur die Bevölkerung. Die Bevölkerung verliert das Vertrauen in den Rat, wenn wir jetzt angesichts eines derart wichtigen Problems, das vor der Haustür steht, in diesem Rat nichts anderes als Wahlkampf betreiben und uns gegenseitig die Köpfe einschlagen. Ich möchte Sie bitten, damit aufzuhören und bitte wieder das Thema, um das es geht, ins Zentrum zu rücken.

Wir von den Grünen laden Sie auch ein zu fragen, warum Martin Neukom vor sieben Tagen hier im Rat nicht die Antworten auf diese Interpellation vorgelesen hat: Er war an der Tiefenlager-Medienkonferenz, das ist auch ein sehr gewichtiges Thema. Ich lade Sie auch ein zu fragen: Warum hat keines der anderen Regierungsmitglieder die Gelegenheit wahrgenommen, um genau dieses Thema hier im Rat zu besprechen? Offenbar wollte man das nicht. Offenbar hatte man nicht den Mut dazu, in diesen Rat zu kommen. Auch wir von den Grünen erwarten endlich einen Regierungsratsbeschluss zur Strommangellage, aber für diesen Beschluss braucht es nicht nur den Baudirektor. Es braucht sieben Mitglieder, die diesen Beschluss fassen, und ich bitte Sie, sich auch das ein bisschen vor Augen zu halten.

Zum Schluss noch zu Herrn Egli: Ihrem Votum habe ich entnommen, dass Sie gar nicht zugehört haben. Es ist auch anspruchsvoll bei diesen dringlichen Interpellationen: Man muss zuhören, was vorgelesen wird, und dann gleich replizieren oder darauf antworten. Es war offensichtlich, Sie haben Ihr Votum schon lange geschrieben, und Herr Neukom hätte Ihnen vortragen können, was er wollte, Sie hätten ganz genau das Gleiche vorgetragen. Unglaublich, muss ich da sagen. Ich möchte Sie bitten: Schlagen wir gemeinsam den Weg wieder ein, für den dieser Kantonsrat eigentlich bekannt ist. Betreiben wir eine konstruktive Politik und verunsichern wir nicht die Bevölkerung mit einem sinnlosen Hickhack, sondern schauen wir, dass wir gemeinsam jetzt auf diese Strommangellage zugehen und Rezepte haben, damit sie uns nicht in aller Härte trifft. Ich danke Ihnen.

*Hans Egli (EDU, Steinmaur) spricht zum zweiten Mal:* Herr Thomas Forrer, ich habe genau zugehört bei den Antworten des Regierungsrates und ich wiederhole es gerne nochmals, und das haben auch andere Vertreter von Parteien festgestellt: Die Antworten waren nicht konkret und sie waren nicht verbindlich und in dem Sinne sehr enttäuschend.

Die Interpellation von mir ging nicht gegen Herrn Regierungsrat Neukom, wie Sie hier jetzt behaupten, sondern es ging darum, dass wir ein ernsthaftes Problem haben, das unsere gesamte Wirtschaft, unser gesamtes Leben bedroht. Es ist nicht nur irgendwie ein Teilproblem von ein paar Besitzern von Produktionsfirmen. Es ist ein gesellschaftliches Problem, das hier entstehen kann, mit den ganzen Konsequenzen von Revolte und so weiter. Also dieses Problem darf man einfach nicht klein reden und deshalb sind wir enttäuscht.

Und ich stelle einfach fest: Die Sprecher der Grünen, die zwei, die ich jetzt gehört habe, sie lenken vor allem von der Strommangellage ab, von der Strommangellage, die hier das Thema ist. Wir haben nicht eine Energiestrategie 2050 thematisiert, die wurde von anderen Seiten als Ablenkung hier ins Feld geführt. Und zum Vorwurf, den man ja immer wieder hört, die bürgerlichen Parteien hätten nichts zum Ausbau beigetragen, möchte ich hier schon feststellen: Es sind vor allem die Industriebetriebe, die die grossen Anlagen erstellt haben. Und das grösste Problem beim ganzen Ausbau von erneuerbaren Energien ist ja das Verbandsbeschwerderecht, das vor allem die Grüne Partei immer verteidigt und forciert. Hier haben wir das grösste Übel, um den Ausbau der erneuerbaren Energien voranzutreiben: Ihre Klientel, Ihre Wählerschaft verhindert den Ausbau von erneuerbaren Energien mit ihren Einsprachen. Das ist eine Realität, und der Ständerat hat dies nun erkannt. Er wird das Verbandsbeschwerderecht aufweichen, und ich hoffe dann, liebe Grüne Partei, dass Sie nicht dagegen opponieren, sondern dass Sie den Ernst der Strommangellage erkennen und bereit sind, über Ihren Schatten zu springen, Ihre Ideologien an den Kleiderhaken hängen und hier dafür einstehen, dass wir das Strommangelproblem gemeinsam lösen können. Wenn ich dann aber von Herrn Florian Meier höre, der Kanton solle nicht vorpreschen mit Massnahmen, muss ich sagen: Doch, der Kanton muss vorpreschen, der Kanton hat eine Vorbildfunktion. Der Kanton muss hinstehen und beschliessen «wir senken die Raumtemperaturen auf 18 Grad», wir beschliessen das und das, wir machen das und das. Und die Erklärung ist ja kein Problem, die Erklärung ist plausibel, die Erklärung kann nachvollziehbar ausgestaltet werden. Der Wille muss einfach vorhanden sein. Darum, ich danke Ihnen für die engagierte Diskussion und mein Appell gilt wirklich der Regierung. Nehmen Sie das Problem heute noch in die Hand! Danke vielmals.

*Manuel Sahli (AL, Winterthur) spricht zum zweiten Mal:* Ja, ich fühle mich schon wieder bestens unterhalten, muss ich sagen. Es ist schon auffällig, was wir uns hier für Scheingefechte liefern. Die Interpellation wird von Ihnen als Aufhänger genommen, um alles Mögliche, das Ihnen nicht passt, als linke Politik zu attackieren. Für die Energiekrise machen Sie ja die Energiestrategie verantwortlich beziehungsweise den Atomausstieg und so weiter. Und soll ich Ihnen etwas sagen? Die Energiestrategie – es wurde bereits gesagt – hat noch gar keine Auswirkungen. Und selbst wenn sie Auswirkungen hätte, und selbst wenn der Atomausstieg schon weiter wäre, all dies würde diese Krise hier nicht verhindern. Wir haben ja eine europaweite Krise und diese versuchen Sie mit lokalen Geschichten zu erklären, die überhaupt noch nicht in Kraft sind, wie die Energiestrategie. Das ist

schon ein bisschen lächerlich. Und jetzt haben wir das Nächste gehört: Die Bürgerlichen sind offenbar neu die Vorkämpfer für das Klima; wobei ich, ehrlich gesagt, eher das Gefühl habe, Sie versuchen hier die eine Krise gegen die andere auszuspielen, die Energiekrise gegen die Klimakrise. So nicht mit uns! Aber wie ich offenbar jetzt gelernt habe, sind Sie auch Vorkämpfer für das Klima und wollen dafür das Verbandsbeschwerderecht über den Haufen werfen. Ja, das finde ich jetzt auch ein bisschen eine merkwürdige Überleitung. Immerhin wurde die Schuldzuschreibung noch nicht bei den Ausländern versucht, vielleicht hätte das sogar ein bisschen mehr Wahrheitsgehalt, wenn man den globalen Kontext dieser Krise anschaut, wie auch immer.

Noch auf Konkretes angesprochen: Wir würden durchaus die konkreten Geschichten auch unterstützen. Wir sind klar der Meinung, die Spekulation sei zu stoppen. Wir werden entsprechende Vorstösse unterstützen. Und ganz nebenbei gesagt: Dass Regierungsräte in die Verwaltungsräte gehören, nicht nur bei der AXPO, sondern auch bei anderen Themen, auch Natalie Rickli (*Regierungsrätin und Vorsteherin der Gesundheitsdirektion*) beispielsweise in den Spitalrat, das haben wir von der AL auch schon immer gesagt. Wir werden diese Forderungen, auch wenn Sie hier partikular die Energieunternehmen betreffen, auch hier unterstützen. Aber um das noch festzuhalten: Wir von der Alternativen Liste waren schon immer dieser Meinung und wir werden daher diese Vorstösse, die hier kommen werden, entsprechend unterstützen. Besten Dank.

*Rosmarie Joss (SP, Dietikon) spricht zum zweiten Mal:* Wo wir gerne beipflichten, ist, dass man sich die Frage stellt: Wer ist eigentlich für was zuständig? Und da muss man sagen: Auch die SP hat die Entpolitisierung der ganzen Verwaltungsräte in der Energiewirtschaft immer sehr kritisch angeschaut. Aber ich glaube, das ist eine dieser Chancen, die diese Krise bietet, dass man Fehler aus der Vergangenheit korrigieren kann. Und ich glaube übrigens auch, dass die EU, die ja bis jetzt eigentlich immer sehr eine Treiberin dieser Privatisierung im Strombereich war, in diesem Winter auf die Welt kommt und es auch kritisch überdenken wird und auch darauf kommen wird, dass etwas mehr Kontrolle über ein System, das so essenziell für das Funktionieren unserer Gesellschaft ist, doch sehr wichtig wäre. Und ich glaube, da wird sich die EU mehr auf die Schweiz zubewegen und die Schweiz wird auch nochmals eine Bewegung machen.

Wenn ich jetzt die ganze Debatte angehört habe, hat man eigentlich sehr viele Schuldzuweisungen gehört: Niemand macht etwas, immer sind die anderen schuld, und die Bereitschaft, selbst etwas zu tun, ist nicht wahnsinnig gross. Davon würde ich übrigens den Regierungsrat jetzt auch nicht unbedingt ausnehmen, er hat bis jetzt auch noch nicht wahnsinnig viele Taten vollbracht. Ich habe das Gefühl, wenn es darum geht, die Strommangellage jetzt zu verhindern, also wirklich was dagegen zu tun, haben wir nicht zu viele Köche. Es ist eher so, dass gar niemand kochen will. Dabei hätten wir eigentlich jetzt noch Gas zum Kochen. Denn wenn wir zu lange warten, dann geht uns dieses dann irgendwann aus und

dann haben wir die Strommangellage und entsprechend harte Massnahmen. Jetzt ist der Zeitpunkt, wo wir uns alle zusammenreissen müssen, damit wir es schaffen, dass wir gar nie in die Bewirtschaftungssituation kommen.

Auch wenn wir das dann schaffen würden, müssen wir uns bewusst sein, dass ganz viele Personen und Unternehmungen in diesem Kanton noch immer ein Riesenproblem haben werden. Personen mit beschränkten Mitteln werden Probleme haben, ihre Nebenkosten, die Stromrechnung bezahlen zu können. Oder Unternehmen, die jetzt lange profitiert haben vom freien Markt und die sich wahrscheinlich mittelfristig durch Energiesparmassnahmen und bei einer Normalisierung des Energiemarktes wieder fangen könnten, die schaffen es nicht, weil sie sich nicht genug schnell anpassen können, nicht genug schnell diese Massnahmen umsetzen können. Diese Unternehmen drohen in den Konkurs zu schlittern. Für diese beiden Problemstellungen insbesondere muss eben auch der Kanton bereit sein, und es kann nicht angehen, dass wir auf eine Härtefallregelung vom Bund warten. Da erwarte ich von den entsprechenden zuständigen Direktionen, dass man sich überlegt, wie man das zielgerichtet machen könnte. Bei den Privatpersonen wäre zum Beispiel eine Koppelung an die Personen, die Krankenkassenprämienverbilligung erhalten, eine gangbare Möglichkeit. Und wie man das bei den Unternehmungen macht, um herauszufinden, wer jetzt hier ein Härtefall ist, das muss man sich überlegen, das muss man sich aber heute überlegen. Denn wenn dann x Unternehmungen bankrottgehen und diese Arbeitsplätze verlorengehen, dann ist das nicht in unserem Interesse. Und da kann der Kanton selbst was dagegen machen, das ist auch seine Zuständigkeit. Denn es geht um unsere Einwohnerinnen und Einwohner und es geht um unsere Unternehmungen und unsere Arbeitsplätze.

Dann zu guter Letzt: Ich fand die Bemerkung der SVP wegen dem Technologie-Verbot noch interessant. Da hätte ich einen kleinen Vorschlag. Es gibt ja diese Forderung der SVP, man solle keine Windkraft im Kanton Zürich machen. Vielleicht kann man ja konsequent sein, keine Technologie-Verbote zu machen, und diese Forderung zurückziehen. Danke.

*Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg):* Die Energiestrategie ist gescheitert und unser Baudirektor hat keine Massnahmen und insbesondere hat er keine Strategie. Er scheint in seinem ideologischen Dogma gefangen zu sein. Wir nehmen in Birr ein Kraftwerk für Notstrom in Betrieb, welches mit Gas und Öl betrieben wird. Wachen Sie endlich auf! Wieso hat Martin Neukom die Anfrage vom 16. Mai 2022 «Ist der Kanton Zürich für eine Strommangellage gerüstet?» (KR-Nr. 162/2022) immer noch nicht beantwortet? Sie sollte seit einem Monat gemäss Kantonsratsgesetz beantwortet sein. Ich fürchte, er hat keine Lösung, keine Antworten. Wir haben es vorhin bei der Beantwortung dieser Interpellation gehört. Sie werfen uns vor, wir forderten Massnahmen. Wir wünschen uns keine Massnahmen, aber sie sind wohl zwingend nötig, um die bevorstehende Mangellage diesen Winter zu überstehen. Aber wenn wir so weitermachen, werden wir auch im nächsten Winter in die nächste Strommangellage hineinschlittern. Wir haben uns nie gegen die inländische Stromproduktion gestellt, Florian Meier, Thomas

Forrer, es sind Ihre Verbände, welche grössere Speicherseen und Fotovoltaik-Anlagen verhindern. Und Thomas Forrer, ich habe dir genau zugehört, aber leider hat die SVP weder hier drin noch in Bern eine Mehrheit. Die SVP, Thomas Forrer, hat keine Mehrheit im Parlament. Und wieso haben Sie mit der Umsetzung der Energiestrategie 2050 noch nicht begonnen? Wann fangen Sie denn an? Wann nimmt der grüne Baudirektor Einfluss? Für was sind Sie gewählt?

Wir fordern, dass Fördergelder und Gesetze sofort sistiert werden, welche den Stromverbrauch erhöhen. Der Ersatz von Ölheizungen mit Stromfressern, Wärmepumpen und Subventionen für Elektroautos sind momentan wirklich nicht angezeigt. Bestehende Kraftwerke müssen unbefristet weiterlaufen, solange die Betriebssicherheit gewährleistet bleibt. Ideologisch getriebene Technologie-Verbote müssen aufgehoben werden. Hier kann sich die Regierung des Kantons Zürich als Grossstromverbraucher und als wichtigster Wirtschaftskanton einbringen, und das fordern wir.

*Paul von Euw (SVP, Bauma):* Vorher wurde gesagt, wir sollten hier keine Energiedebatte führen, sondern über den aktuellen Stand der Strommangellage sprechen. Ja wo ist denn da der Unterschied? Das ist genau dasselbe. Wir haben eine Strommangellage und zwar aus dieser – man kann sie gut finden, man kann sie schlecht finden, CO<sub>2</sub>-neutral finde ich persönlich nichts Schlechtes –, aus dieser ideologiegetriebenen Politik heraus, und zwar in ganz Europa, nicht nur in der Schweiz. Sie hat uns hierher geführt, wo wir sind. Energie/Strom ist nicht gleich Schweiz, Energie/Strom ist gleich Europa. Ganz Europa läuft in die falsche Richtung beziehungsweise viel zu schnell in die falsche Richtung. Der Zeitstrahl ist viel zu kurz angesetzt, das ist das Hauptproblem.

Gut, jetzt kommen wir zum momentanen Problem. Auch das momentane Problem ist im nächsten April nicht gelöst. Das Problem, wenn wir diese Energiestrategie weiterführen, ist eine dauernde Strommangellage. Wir haben beispielsweise im Jahr 2050 in der Schweiz einen erwarteten Stromverbrauch von 86 Terawattstunden. Wir haben dann inländische Stromproduktion für 36 Terawattstunden, das heisst, uns fehlen 50 Terawattstunden. Dieser Strom, den wir heute verbrauchen, der wird uns fehlen. Jetzt sagen Sie «ja, das machen wir mit Fotovoltaik-Anlagen, wir reichen heute eine PI ein». Wissen Sie, was das bedeutet? Sie reichen heute eine PI ein, das mag in Ordnung sein, kann man diskutieren und fachlich hinterfragen und ökonomisch hinterfragen. Das bedeutet, dass wir von diesem Jahr an alle Jahre dieselbe Menge Fotovoltaik-Anlagen installieren müssen, welche es heute in der Schweiz gibt. Uns fehlen die Ressourcen, es fehlen die Mitarbeitenden, das geht nicht. Also das Problem ist im März nicht gelöst. Das Problem zieht sich über Jahre hinweg hin. Ich habe ausser von der SVP niemanden über Bandenergie sprechen gehört. Sie werden mit der Fotovoltaik-Anlage technisch den Strom erzeugen können, aber nicht dann brauchen, wenn wir ihn benötigen, sondern der ist dann weg. Wir brauchen wieder Bandenergie, wie auch immer, und für das müssen wir vom Technologie-Verbot wegkommen. Es ist absolut wichtig – und da unterstütze ich alle, die vorhin davon gesprochen haben –, wir brauchen nun kurzfristige Lösungen, aber mit diesen kurzfristigen Lösungen ist es nicht

getan. Und wenn Herr Meier sagt, man sollte doch jetzt schon die Strommangel-lage ausrufen: Das ist ein Prozess, der definiert ist. Sie können jetzt nicht sagen «wir haben eine Strommangellage». Wissen Sie, was eine Strommangellage kos-ten wird? Das BABS (*Bundesamt für Bevölkerungsschutz*) hat eine Studie ge-macht, das Bundesamt für Bevölkerungsschutz: Das sind mehrere 100 Milliarden Franken, welche eine Strommangellage die Schweiz kostet. Da ist Corona ein Klacks. Und darum sicher nicht jetzt die Strommangellage ausrufen.

Und dann noch die Aussage, ja, wir könnten 25 bis 40 Prozent Energie, Strom jetzt schon sparen. Wissen Sie, was das bedeutet, wenn wir 25 bis 40 Prozent Strom sparen? Das bedeutet, dass wir ab sofort alle Haushalte abschalten müssen und nur noch das Gewerbe und die Industrie und der Verkehr funktionieren. Etwa ein Drittel des Stromverbrauchs ist schweizweit in den Haushalten. Vielleicht ist es wirklich fast besser, wie Frau Bürgin gesagt hat, wenn wir Google fragen, an-stelle der Fachexperten, welche uns jetzt jahrelang etwas vorgegaukelt und vor-gerechnet haben, das es gar nicht gibt und das nicht umsetzbar ist. Das ist etwa dieselbe Studie: 1800 Windkraftanlagen wären im Kanton Zürich möglich. Ja, das ist nett, aber es ist nicht umsetzbar und wir müssen jetzt von der Nettigkeit, die wir jetzt von Ihrer Seite elf Jahre erfahren haben, wieder auf die umsetzbare Seite umschwenken. Und das muss parallel zu den sofortigen Massnahmen, die Herr Neukom jetzt treffen muss, geschehen. Und sonst diskutieren wir weitere elf Jahre und stehen immer noch mit Achselzucken da. Und dann reden wir vielleicht nicht mehr von 1 oder 2 Grad reduzieren, sondern von 10 Grad reduzieren. Oder dann können wir doch gleich die Taschenlampe und das Holz wieder mitnehmen und ziehen uns in die Höhlen zurück. Besten Dank.

*Alex Gantner (FDP, Maur):* Es ist klar, dass so eine dringliche Interpellation sozusagen eine Monumentaldebatte auslöst, eine Tour d'Horizon von Schuldzu-weisungen, Unterlassungen, Verantwortlichkeiten und so weiter, und ich glaube, wir haben strategische Themen, die wirklich angegangen werden müssen. Wir haben aber auch kurzfristige Themen, und das ist eigentlich der Fokus dieser dringlichen Interpellation, die ganz kurze Frist. Was passiert in den nächsten paar Wochen und Monaten? Und daher sind eigentlich die entscheidenden Fragen, ers-tens: Wie agil ist unser Kanton? Da ist vor allem die Regierung angesprochen. Wie agil ist die Regierung, der Regierungsrat des Kantons Zürich, und mit ihm natürlich auch die Verwaltung? Und die zweite entscheidende Frage ist: Wie kom-muniziert diese Regierung gegenüber der Öffentlichkeit, gegenüber allen Be-troffenen, seien das die Privathaushalte oder eben auch alle Unternehmungen, die alle Energie brauchen. Das ist ja einer der ganz wichtigen Produktionsfaktoren auch für die ganze Wertschöpfung hier im Kanton Zürich. Und wenn es um Agi-lität geht – dieses Thema hatten wir schon vor ein paar Wochen –, dann geht es wirklich darum zu schauen, welche Gesetzesparagrafen allenfalls sistiert werden können oder auch Verordnungsbestimmungen, die wirklich sehr schnell wirken, damit man auch ganz klare Signale gegenüber allen Betroffenen geben kann. Es kann auch sehr niederschwellig sein, und vor allem hier ist die Verwaltung gefor-

dert. Die Verwaltung und der Regierungsrat müssen mit gutem Vorbild vorausgehen, das ist ja grundsätzlich ein Prinzip der Politik, dass man mit gutem Vorbild vorausgeht, vor allem jetzt auch bei diesen Sparmassnahmen, wo man Akzente setzen kann et cetera. Ich glaube, das ist auch etwas, das die Bevölkerung versteht, wo sie zuhört und dann allenfalls, wenn sie dann selbst betroffen ist, auch viel einfacher nachvollziehen kann, wenn es dann sogar noch zu gewissen Vorgaben kommt. Es gibt aber auch in der mittleren und langen Frist einige Themen – sie sind heute angesprochen worden – zum Teil auch auf Bundesebene. Aber wir hier im Kanton Zürich haben wirklich auch in diesem ganzen Energiebereich Corporate-Governance-Defizite. Und hier möchte ich einfach daran erinnern: Es ist die FDP, die ständig hier den Finger auf die wunden Punkte zeigt. Wir sind die einsamen Rufer in der Wüste, und es zeigt sich einmal mehr, wie wichtig es ist, dass die Verantwortlichkeiten geklärt sind. Das ist bei den EKZ so mit dem Verwaltungsrat, bei der AXPO, wir haben das aber auch bei der ZKB (*Zürcher Kantonalbank*), wir haben das allenfalls auch beim Fachhochschulrat, der ja demnächst hier im Rat ansteht. Es gibt Corporate-Governance-Defizite, die müssen wir angehen, vor allem eben, wenn Schönwetter ist, und nicht erst in der Krise, wie jetzt; das als eine sehr grosse Aufforderung an alle Verantwortlichen, die hier auch irgendwie damit zu tun haben.

Wichtig ist, dass jetzt die Regierung schnell handelt, dass wirklich so ein Beschluss kommt, kurzfristige Massnahmen, die nachvollzogen werden können. Und dann werden wir sicher noch viele Gelegenheiten haben, auch bezüglich der strategischen Herausforderungen hier im Rat zu diskutieren. Danke.

*Christian Lucek (SVP, Dänikon) spricht zum zweiten Mal:* Ich versuche mich kurz zu halten. Ich erlaube mir eine Replik primär auf Rosmarie Joss, sie hat mich direkt angesprochen, möchte aber ganz kurz doch noch zwei Sachen vorausschicken: Das eine ist, dass wir mit dieser dringlichen Interpellation doch eine intensive Energiedebatte angestossen haben, das freut mich. Ich erachte diese Debatte als wesentlich ergiebiger als die Antworten des Regierungsrates. Also leid tut mir die Protokollführerin, das muss ich sagen, aber es wird sicher ein interessantes Protokoll werden und uns Stoff geben für die weitere Zukunft.

Geschätzter Alex Gantner, du hast jetzt die Rolle der FDP in der Energiepolitik erwähnt. Da muss ich doch ein bisschen um Demut bitten, denn ich erinnere doch an die Gössi-Wende (*Anspielung auf die ehemalige FDP-Präsidentin Petra Gössi und deren Befürwortung der Energiewende*). Vor nicht allzu langer Zeit hat die FDP doch massiv dazu beigetragen, dass wir jetzt in einer schwierigen Situation sind.

Die Replik an Rosmarie Joss: Auch geschätzte Rosmarie, wir arbeiten ja sehr gerne und oft zusammen, Sie haben einfach nicht zugehört. Das Technologie-Verbot, ich habe es klar und deutlich in meinem Votum – Sie können es dann im Protokoll nachlesen – zweimal wiederholt. Es geht darum, keine Technologie-Verbote zu etablieren, wenn diese Technologien einen bedeutenden Beitrag zur Versorgungssicherheit mit Bandenergie leisten können. Und es tut mir leid, Ros-

marie, da gehören ein paar Windräder, gut 180 Meter hoch, auf dem Hörnli einfach nicht in diese Kategorie. Wir sollten uns wirklich auf die Energieformen fokussieren, die tatsächlich zur Problemlösung beitragen, und da zählen Windräder nicht dazu im Kanton Zürich. Wir reden nicht von Schleswig-Holstein oder Holland oder Griechenland, wir reden vom Kanton Zürich. Aber wir werden noch Gelegenheit haben, über das Thema intensiv zu diskutieren. Ich danke.

*Christoph Marty (SVP, Zürich):* Wenn von Thomas Forrer gefordert wird, damit aufzuhören, Wahlkampf zu betreiben, heisst das nichts anderes, als den Mantel des Schweigens über das Desaster, das Sie uns eingebrockt haben, zu legen. Es ist dem neuen Energiegesetz zu verdanken, das jetzt durch die Elektrifizierung des Verkehrs und der ganzen Heizungsanlagen zeitnah einen massiven Mehrverbrauch von elektrischem Strom mit sich bringen wird.

Zur europaweiten Energiekrise: Ja, das ist schön und gut. Die Folge ist einfach, dass wir nicht mehr beliebig Strom im Ausland zukaufen können, da wir es versäumt haben, genügend Kraftwerkskapazitäten zu realisieren. Betreffend die Windräder: Ich glaube, in unserem Land sind irgendwie 80 oder 90 Prozent der Bewohner dafür, dass Windkraftanlagen installiert werden, sie sollen einfach weit, weit weg von ihnen stehen. Und da eine einzelne Windkraftanlage eine relativ geringe Leistung hat, wird es wohl nicht bei einer oder zwei bleiben. Aber eigentlich ist alles noch viel schlimmer: Der Kern des Problems ist doch, dass Ihre Forderung nach dem Ausbau der erneuerbaren Energien einfach nicht zielführend sein kann. Diesen Erkenntnisgewinn durch Versuch und Irrtum könnten wir uns gut sparen, wenn wir zuschauen müssen, wie unser nördliches Nachbarland mit den von Ihnen jetzt auch heute wieder propagierten Rezepten bereits eine Stromversorgung an die Wand gefahren hat. Deutschland hat, Stand heute, Wind- und Solarenergieanlagen, welche Zufallsstrom in der Höhe von 150 Prozent des effektiven Verbrauchs generieren können. Dafür wurden unzählige Quadratkilometer mit Windrädern und Solarpanels samt den erforderlichen Zugangswegen gebaut. Trotzdem braucht Deutschland ein fast vollständiges Back-up in Form von konventionellen Kraftwerken, um die Versorgungssicherheit sicherzustellen, da dies mit zufällig erzeugtem Strom einfach nicht möglich ist. Denn das sind Naturkräfte, die nicht dann Strom liefern, wenn er gebraucht wird. Und wir brauchen nun mal 24 Stunden am Tag Strom. Das ist nicht wie in einem Entwicklungsland, wo, wenn die Sonne untergeht, dann halt auch nichts mehr aus der Steckdose kommt. Wir brauchen also etwas, auf das wir zurückgreifen können. Etwa 40 Prozent dieser versorgungssichernden Systeme sollen jetzt gezielt abgeschaltet werden. Beim AKW Mühleberg, welches 5 Prozent der landesweit verbrauchten Bandenergie geliefert hat, ist das bereits geschehen. Nochmals als Beispiel Deutschland: Der deutsche Bürger hat dank den erneuerbaren Energien, wie Sie es nennen, heute die höchsten Stromkosten in ganz Europa. Und dennoch ist nicht sichergestellt, ob die Energieversorgung mit Elektrizität im Winter überhaupt noch sichergestellt sein wird. Und Sie propagieren uns, denselben Weg einzuschlagen. Interessant in diesem Kontext ist auch, dass der für die Energieversorgung unseres Kantons zuständige Baudirektor aufgrund seiner Qualifikationen

diese Zusammenhänge erkennen kann und dies sicher auch tut, dies im Gegensatz zu seiner Fraktion, welche in dieser Sache offensichtlich weitgehend unbelastet von technischem Verständnis und Interesse ist. Aber was tut er? Nichts. Ich habe mir einige Antworten erhofft von diesem Vorstoss. Ja, er hat lange geredet, aber gesagt hat eigentlich nichts. Also, wenn Sie schon ausserstande sind – und das schliesst ja den Regierungsrat mit ein – etwas Zielführendes zur Bewältigung dieser Krise beizutragen, dann hören Sie wenigstens auf, diejenigen zu behindern, die das ernsthaft versuchen.

### *Ordnungsantrag*

*Ratspräsidentin Esther Guyer:* Stefan Feldmann hat den Antrag auf Schliessung der Rednerliste gestellt.

### *Abstimmung*

**Der Kantonsrat stimmt dem Antrag von Stefan Feldmann mit 85 : 73 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu.** Die Rednerliste wird geschlossen.

*Ratspräsidentin Esther Guyer:* Wer sich vorher gemeldet hat, kommt selbstverständlich noch dran, auch der Regierungsrat und Baudirektor.

*Markus Bischoff (AL, Zürich):* Das Motto der Diskussion hat ja eigentlich Karl Valentin (*deutscher Komiker*) vorgegeben: Es ist schon alles gesagt, aber noch nicht von allen (*Heiterkeit*). Und darum erlaube ich mir jetzt doch noch das Wort zu ergreifen. Es wurden ja gegenseitig sehr viel Vorwürfe gemacht, man betreibe Ideologie. Selbstverständlich, Energiepolitik ist auch Ideologie, alles andere wäre lebensfremd und naiv. Diese Ratsseite (*gemeint ist die rechte Ratsseite*) hat sich vehement für die Strommarktliberalisierung eingesetzt. Diese konnten nur mittlere und Grosskunden nutzen. Sie haben in der Vergangenheit wahrscheinlich viel tiefere Preise bezahlt als der Rest, und jetzt ist es umgekehrt, das ist ausgleichende Gerechtigkeit. Aber wir sagen ja auch, dass diese Strommarktliberalisierung Blödsinn ist. Und jetzt sagt zu meiner Überraschung Kollege Landmann, Herr Baudirektor Neukom solle doch in den Verwaltungsrat der AXPO gehen. Schauen Sie doch mal nur ein paar Jahre zurück. Ich habe mir angeschaut, wer 2013, 2014 alles im Verwaltungsrat der AXPO war: Regierungsrat Markus Kägi, SVP, Zürich, Regierungsrat Martin Graf, Grüne, Zürich, Regierungsrat Heinz Tännler, SVP, Zug, Regierungsrat Reto Dubach, FDP, Schaffhausen, Regierungsrat Roland Eberle, SVP, Thurgau, dann noch Stephan Attiger, Regierungsrat, FDP, Aargau, und der Direktor der EKZ, Ueli Betschart, sie waren alle im Verwaltungsrat der AXPO. Und jetzt wurde das auf Betreiben von zwei Personen geändert. Stephan Attiger, der FDP-Regierungsrat aus dem Kanton Aargau, und SVP-Regierungsrat Markus Kägi aus dem Kanton Zürich, die haben beide gefunden, das dürfe nicht mehr sein, dass die Politik in diesem Verwaltungsrat sei. Das müssten jetzt unabhängige Fachkräfte sein, das komme nicht gut, wenn die Politik drin sei. Wahrscheinlich hatte Herr Kägi einfach Angst, man komme dann noch

mal dran, wenn man politische Verantwortung übernehmen will, und das ist ja das Wichtigste. Darum hat man ja die Leute: Man kann sie wählen und nach vier Jahren in der Exekutive wieder abwählen. Aber wichtig ist, dass diese Köpfe hinstehen. Und jetzt haben wir einen sogenannten Verwaltungsrat der AXPO, der aus unabhängigen Fachkräften besteht, zum Beispiel Peter Kreuzberg: Der war bis 2002 Direktor des Handels mit strukturierten Produkten bei der Enron Europe Ltd in London, nachher ist diese Firma Konkurs gegangen. Das sind jetzt diese unabhängigen Fachleute, die wir in der AXPO haben. Es ist eine absolute Bankrotterklärung der Politik in der AXPO, jetzt haben wir diesen Salat. Der Kanton ist nicht einmal fähig, mit den anderen Kantonen das Geld aus der Kasse zu nehmen. Wir müssen noch den Bund bitten, damit dieses Geld (*für die Sicherung der Liquidität*) kommt. Es ist eine hochnotgrosse Peinlichkeit der Politik und das ist eine Politik Ihrer Ratsseite.

*Thomas Wirth (GLP, Hombrechtikon):* Es ist ganz klar, eine Diskussion zu diesem Thema zu diesem Zeitpunkt so kurz vor den Wahlen ist Wahlkampf, und es geht um nicht viel anderes. Wenn wir die Strommangellage beschliessen oder lösen möchten, bleibt kurzfristig eigentlich nur eine Möglichkeit, nämlich Effizienzmassnahmen umsetzen. In dieser Wahlkampf-Debatte wurde aber extrem viel Blödsinn erzählt, und ich glaube, es ist wichtig, dass das hier richtiggestellt wird. Der Weiterbetrieb der Atomkraftwerke ist Bestandteil der Energiestrategie und hier braucht es keine weiteren Massnahmen. Solange sie sicher sind, können sie weiterbetrieben werden. Diese Forderung ist schon längst umgesetzt, dazu muss hier nicht neu aufgefördert werden. Wenn man aber dann von neuen AKW spricht, muss man auch gleich sagen: Diese leisten überhaupt keinen Beitrag zur Lösung dieses Problems. Bis die gebaut sind, dauert es 20 bis 25 Jahre. Wenn wir die Effizienzmassnahmen nicht umsetzen, dann brauchen wir die Atomkraftwerke dann zu jenem Zeitpunkt auch nicht.

Ein weiterer Punkt: Wo steht der Ausbau der Speicherseen? Da können wir eigentlich zwischen drei verschiedenen Fällen unterscheiden, weshalb es nicht passieren wird: Einerseits haben wir Speicherseen, die nicht ausgebaut wurden, weil das Projekt nicht bundesrechtskonform war und deshalb nicht bewilligungsfähig ist. Ein zweiter Grund ist, dass wir Unsicherheiten bezüglich der Konzession und was beim Heimfall passiert, haben. Hier haben wir beispielsweise das Kraftwerk Göschener Alp, das dann vom Investor, den Centralschweizer Kraftwerken, nicht realisiert wurde, weil er nicht sicher ist, ob er diese Investition dann jemals abrechnen kann. Und ein drittes Problem, das wir dort haben, ist, dass grosse Unsicherheit besteht, ob es sich überhaupt rechnet. Hier haben wir als Beispiel den Lago Bianco. Das Projekt ist bewilligt und liegt in der Schublade. Es könnte realisiert werden, wurde aber nicht realisiert, weil die Wirtschaftlichkeit nicht gegeben war und der Investor Angst hatte, dass es sich nicht rechnet. Und wenn wir ein bisschen weiter zurückdenken und uns daran erinnern, wie die Diskussion um das Kraftwerk Linth-Limmern lief, dann sehen wir: Genau, dort hatten wir auch diese Diskussion. Rechnet sich das überhaupt? Sollen wir investieren? Es stand auf der Kippe. Heute sind wir vermutlich froh, dass es gebaut wurde.

Und dann wurde noch geschimpft über die Gaskraftwerke und gesagt, wir sollten jetzt nicht Wärmepumpen und Gaskraftwerke bauen, sondern wir sollten doch weiterhin Ölheizungen betreiben. Wenn wir das schon rein vom CO<sub>2</sub>-Ausstoss her anschauen, ist das auch ein purer Unsinn. Ein Gaskraftwerk zu betreiben und damit Wärmepumpen zu betreiben, ist bezüglich CO<sub>2</sub> wesentlich effizienter, als wenn wir überall Gas- oder Ölheizungen einbauen. Also es ist vielleicht nicht die schönste Lösung und vielleicht genau das Problem, dass diese Diskussion nicht geführt wurde, aber das Gaskraftwerk, wie es jetzt notfallmässig erstellt wird, ist effizienter als jeder blödsinnige Vorstoss, der sagt: «Ja, wir brauchen jetzt mehr Ölheizungen.» In diesem Sinne bitte ich Sie einfach, diese Fakten zur Kenntnis zu nehmen. Herzlichen Dank.

*Lorenz Habicher (SVP, Zürich):* «Die Bevölkerung verliert das Vertrauen in die Politik», Thomas Forrer. Das trifft vielleicht für die Grünen zu, die merken, dass Sie ihnen etwas vorgegaukelt haben und Ihre Versprechen nicht einhalten. Die Erwartungshaltung der SVP-Wählerschaft ist eine andere. Wir wollen wissen: Was ist der Stand? Was ist das Potenzial für Sparmassnahmen? Und ist dieses im Kanton Zürich schon ausgeschöpft? Konkrete Fragen wurden hier gestellt, die konkreten Antworten fehlen.

Zentral ist doch: Handelt der Regierungsrat für den Kanton Zürich? Wir wissen, eine Verknappung ist eine Massnahme, die kommen wird. Wir kennen aber nicht den Inhalt und wissen nicht, wie das Vorgehen ist. Eine Führungsorganisation, eine Arbeitsgruppe wurden vorgestellt, Inhalte und Hinweise fehlen gänzlich. Andere Kantone sind da agiler und konkreter. Wir haben hier Konkretes gefordert, wir wollten konkrete Antworten. Der Baudirektor hat diese nicht gegeben.

Die dringliche Interpellation wurde eine Woche vor der regierungsrätlichen Information hier im Rat eingereicht. Die Zeit wäre also da gewesen, diese Fragen auch konkret zu beantworten. Und ich frage mich schon wie Thomas Forrer: Vor einer Woche hatten wir dieses Traktandum schon auf unserer Liste und es wurde nicht behandelt, weil irgendwo im Regierungsrat die Unfähigkeit zu Hause ist. Herr Regierungsrat Martin Neukom ist hier auch in einer Mehrfachfunktion anwesend. Er ist Mitglied des Leitenden Ausschusses der EKZ, er ist Baudirektor, er ist natürlich ein grüner Regierungsrat, und wir haben hier schon viele Sachen besprochen, zum Beispiel in der 178. Sitzung vom 30. Mai 2022 den Geschäftsbericht der EKZ. Zwei Punkte der Debatte des Geschäftsberichts möchte ich hier wieder aufnehmen. Ein Punkt ist das Beispiel der Auslandsbeteiligungen, wo die Erwartungen der Eigentümerstrategie des Regierungsrates nicht eingehalten werden. Die Finanzkontrolle hat das moniert. Wir haben keine Antworten bekommen, ob hier etwas geht oder nicht, der Regierungsrat lässt uns im Dunkeln. Bezüglich Risikomanagement hält die Finanzkontrolle fest, dass diese bedingt durch die Vorgaben der Eigentümerstrategie und der Unternehmensstrategie stark auf finanzielle Risiken ausgerichtet ist. Andere Risiken sind nicht berücksichtigt. Wir sprechen hier in der Frage 1 diese anderen Risiken konkret an.

Dann komme ich zu Markus Bischoff: Wir sprechen nicht über die Strompreise, diese finanziellen Risiken würden eine andere Interpellation voraussetzen. Wir

sprechen hier über eine drohende Mangellage und diese hat nichts mit der Liberalisierung für die Grossbezüger zu tun. Es ist eine andere Fragestellung, die Sie angesprochen haben.

Zum Vorwurf des Wahlkampfes: Natürlich, eine Strommangellage richtet sich nach dem Wahlkampf im Kanton Zürich, genau so sieht es aus. In Wahljahren haben wir solche Themen, wie Fukushima (*Unfall in einem japanischen Atomkraftwerk 2011*), was den Atomausstieg angestossen hat, wir haben diese Wellen, diese Trends, aber es sind nicht politische Parteien, die diese steuern. Und jetzt müssen wir das Problem der Mangellage hier und jetzt an die Hand nehmen und nicht weiter schlafen.

Die zentrale Frage hier im Raum bleibt: Handelt der Regierungsrat für den Kanton Zürich oder hadert er ein bisschen mit der Situation, weil Wahlen sind? Ich danke, dass Sie wenigstens zugehört haben.

*Michael Zeugin (GLP, Winterthur):* Ich glaube, wir sind uns alle einig: Wir haben eine schwierige Situation vor uns. Und es wurde hier bereits vom Sprecher meiner Fraktion gesagt, auch ich persönlich bin mit den Ausführungen des Regierungsrates nicht zufrieden, ich hätte mir hier mehr gewünscht. Aber – ich sage Ihnen, das ist ein grosses Aber – wer in so einer Situation in seinen Gedanken die Ursachen und die Wirkungen, die uns in eine solche Situation gebracht haben, in solch eine Abhängigkeit von der Energie, wer diese nicht sauber auseinandehält, der hat wahrscheinlich ein «Gnusch im Wullechörbli» und wird sich auch bei der Lösung nicht davon befreien können. Das Kernproblem, das müssen wir einfach einmal anerkennen, ist doch unsere Abhängigkeit von billiger, günstiger und nicht erneuerbarer Energie. Und jetzt die Forderungen zu stellen, dass diese Abhängigkeit weiter behalten oder teilweise sogar noch erhöht werden muss, das zeigt einfach: Der Knopf im «Wullechörbli», der geht nicht weg.

Was brauchen wir? Wir brauchen klare, kurzfristige Massnahmen, das ist klar, aber diese Massnahmen müssen im Einklang mit einer längerfristigen Strategie gehen. Und das kann nichts anderes bedeuten, als dass wir eine höhere Energie-souveränität brauchen. Das heisst also, Sie können bei Ihren Überlegungen nicht nur die Stromproduktion anschauen, sondern Sie müssen auch die Energie, den Energieverbrauch anschauen. Und wenn Sie den Energieverbrauch anschauen, der vor allem die Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Zürich schmerzt, dann ist es Energieverbrauch zu Hause. Und da müssen wir einfach mal klar festhalten, dass es nicht der grüne Regierungsrat war, der über Jahre hinweg die Einführung der MuKE 2 (*Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich*) im Kanton Zürich auf jeder Ebene blockiert hat. Wenn Sie uns jetzt also weismachen wollen, dass mit der Stromproduktion nur ein Problem besteht, dann haben Sie wirklich einen verklärten Blick zurück in Ihre eigene Vergangenheit.

Für uns Grünliberale ist klar, erstens: Wir brauchen klare und klar kommunizierte Massnahmen – jetzt, kurzfristig –, das ist für uns selbstverständlich. Zweitens: Wir brauchen Massnahmen, die auch mittel- und längerfristig im Einklang mit unserer Energie- und Klimapolitik sind. Alles andere führt uns weiter in diese Abhängigkeit, und ich verspreche Ihnen, das Problem wird in der Zukunft noch

grösser. Und Sie können ja auch mal Ihren eigenen Regierungsrat fragen, Herrn Ernst Stocker, er hat ja ziemlich treffend formuliert, dass Ihre Politik, die Sie seit einiger Zeit in diesem Thema fahren, von den Bäuerinnen und Bauern des Kantons Zürich nicht mehr verstanden wird. Nehmen Sie das ernst! Wenn Sie den Klimawandel nicht ernst nehmen, dann graben sie das Fundament ihrer Wahlerfolge ab, die Bauen werden Sie nicht mehr wählen. Dann das dritte: Es ist völlig klar, dass wir eine Härtefallregelung brauchen. Aber wir brauchen diese vor allem für jene Personen, die nicht selbstverursacht hineingerutscht sind. Ich habe schon wenig Verständnis, wenn Sie jetzt kommen und für alle Firmen, die jahrelang von günstigen Strompreisen auf dem Markt profitiert haben, weil sie das eben nicht bei den staatlichen Werken kaufen mussten, dass sie für diese jetzt den Markt aushebeln wollen. Das ist natürlich eine schlechte Lösung. Das heisst, wir brauchen Härtefallgelder, aber die müssen gezielt, intelligent und richtig eingesetzt werden. Und das vierte: Liebe SVP, wenn ich Ihre Vorstösse richtig verstanden habe, dann wollen Sie jetzt also beginnen, gegen den Markt zu kämpfen. Ich glaube nicht, dass das ein erfolgreicher Weg ist. Der Preis ist ein hartes Signal. Das ist so, das wird uns alle schmerzen, deshalb braucht es diese Härtefallregelung. Aber den Markt jetzt gleichzuschalten, ist wahrscheinlich der sichere Weg in den Abgrund. Besten Dank.

*David John Galeuchet (Grüne, Bülach):* Es ist schon erstaunlich, dass sich die SVP jetzt in einer ausserordentlichen Lage endlich für Energiepolitik zu interessieren beginnt, und man stellt fest, wie ungeschickt sie das tut, wie wenig Wissen da ist in dieser Partei, wie Energiepolitik funktionieren soll. Seit 30 Jahren beherrscht bürgerliche Politik in der Schweiz auch den Weg in der Energie. Seit 50 Jahren sind die Investitionen im Inland am Sinken. Dies hat uns in eine Abhängigkeit geführt: 10 Milliarden Franken pro Jahr gehen an Despoten, die dann halt irgendwann den Hahn zudrehen. Ja, jetzt haben wir den Salat. Die Investitionen unserer EVU (*Elektrizitätsversorgungsunternehmen*) erfolgen im Ausland. Und womit hat das wohl zu tun? Wer hat denn diese Rahmenbedingungen gesetzt? Die bürgerliche Politik in Bern. Und wir wissen schon lange, dass wir im Winter von unseren Nachbarn abhängig sind. Wenn man von Nachbarn abhängig ist, dann sollte man ein gutes Verhältnis pflegen und nicht Verhandlungen, die seit Jahren geführt wurden (*gemeint sind die Verhandlungen der Schweiz mit der EU über ein institutionelles Rahmenabkommen*), abschliessen, ohne einen Plan B zu haben. Und dies trifft uns nicht nur in der Energiepolitik.

Thomas Wirth muss ich vollkommen recht geben: Mit den AKW gehen Sie Scheinlösungen an, es ginge 20 bis 25 Jahre, bis hier etwas gebaut wäre. Und wer soll dann darin investieren? Werden Sie es machen mit Ihrem SVP-Kässeli? Denn die EVU sind daran definitiv nicht interessiert, weil sie hier keinen Weg sehen, das wirtschaftlich abzubilden. Und wenn Sie dauernd herunterbeten, die Energiestrategie sei gescheitert, dann wird es definitiv nicht richtiger. Die Energiestrategie ist aus grüner Sicht deutlich zu wenig ambitioniert, ja, das ist korrekt, und trotzdem ist es ein wichtiges Instrument, um uns aus der Klimakrise zu bringen

und diese bewältigen zu können. Ich würde mich freuen, wenn sich die Bürgerlichen auch so dezidiert beim zentralsten Problem, das auf uns zukommt, der Klimakrise, einsetzen würden. Das wäre uns wichtig, denn dann könnten wir zusammen Lösungen finden (*Applaus auf der linken Ratsseite durch Klopfen auf die Pulte*).

*Ratspräsidentin Esther Guyer:* Ich bitte Sie, endlich aufzuhören mit dem Applaus, so geht es einfach nicht. Sie wissen genau, dass es hier im Haus nicht erlaubt ist. Das wissen beide Seiten. Also hören Sie endlich auf.

*Regierungsrat Martin Neukom:* Ich glaube, Applaus ist nicht gestattet, aber Zwischenrufe sind weiterhin toleriert, wenn ich das richtig verstanden habe von der Frau Präsidentin.

Es ehrt mich ja, liebe SVP, es ehrt mich ja, welche Macht Sie der Regierung zuschreiben oder sogar mir persönlich, wenn es darum geht, die Energiekrise zu lösen. Wir sind in einer europäischen Energiekrise und es tut mir wirklich leid, wenn ich Ihnen sagen muss: Es hängt nicht an der Zürcher Regierung, ob Europa jetzt genügend oder nicht genügend Strom haben wird diesen Winter, Gleiches gilt für das Gas. Dass man versucht, das politisch auszuschlachten, das kann ich natürlich sehr gut verstehen.

In einem Punkt bin ich einverstanden mit Ihrer Kritik, nämlich, dass es schneller gehen sollte mit den Sparmassnahmen, die der Kanton selber beschliessen kann. Ja, da bin ich einverstanden, das hätte ich auch gerne schneller. Es gibt gewisse Gründe, warum es manchmal etwas länger dauert. Teilweise hat das auch mit der politischen Meinungsbildung zu tun.

Ein Wort zur Wirkung, wenn Sie eine Wirkung abschätzen wollen: Der Kanton Zürich selber als Verbraucher verbraucht 60 Gigawattstunden Energie pro Jahr. Der gesamte Kanton hat einen Stromverbrauch von etwa 10 Terawattstunden, also 10'000 Gigawattstunden. Wenn Sie jetzt also annehmen, dass wir vielleicht 10 Prozent von unserem eigenen Strombedarf einsparen können, dann sind das 6 Gigawattstunden pro Jahr. Jetzt teilen Sie das durch 10 Terawattstunden. Da kommen Sie auf einen Wert etwas unter 0,1 Prozent, also unterhalb von 1 Promille. Ich will das nicht schlechtmachen, wir werden das machen, das ist wichtig und wir gehen da voran und ich hoffe, wir inspirieren auch andere, Energie zu sparen. Aber es wäre vermessen, zu glauben, dass wir damit die substanziellen Mengen Energie sparen, die nötig sind, um diese Krise zu lösen.

Dann hat Herr Egli gesagt, dass wir ein grosses Problem haben. Und da muss ich sagen, Herr Egli, ja, ich bin mit Ihnen einverstanden. Es ist ein grosses Problem, welches hier auf uns zukommt. Und es ist nicht so, dass hier irgendjemand, sei es der Bundesrat oder ein Regierungsrat oder sonst wer, ein Gemeinderat, in der Schweiz jetzt einfach dieses Problem ruckzuck lösen kann, sondern wir haben ein europäisches Problem und die Lösung liegt nicht auf der Hand und ist nicht einfach. Und wenn ich jetzt von Ihnen höre «ja, der Regierungsrat, der soll handeln bezüglich dieser Sparmassnahmen», dann bin ich einverstanden, das werden wir auch tun. Aber sonst habe ich eigentlich keine konkreten Vorschläge gehört, was

denn der Regierungsrat kurzfristig machen sollte oder machen könnte, etwas, das umzusetzen in der Kompetenz des Regierungsrates liegt, um diese Krise abzumildern oder um dafür zu sorgen, dass wir nachher genügend Strom haben. Warum? Weil der Regierungsrat halt nicht zaubern kann. Wir würden es gerne, aber wir können es nicht. Deshalb können wir auch nicht zusätzliche Terawattstunden Energie herzaubern. Da können Sie noch so lange toben.

Grundsätzlich ist es halt so, dass man 2009 den Energiemarkt liberalisiert hat. Das kann man jetzt gut finden oder schlecht, aber das ist bundesrechtlich so geregelt. Und wenn ich Ihnen zuhöre in der Argumentation, dann habe ich teilweise den Eindruck, dass gewisse noch in dieser Monopolwelt stecken. Also in der Monopolwelt, da war die AXPO verantwortlich für die Versorgung mit Strom der Eigerkantone, also der Nordostschweizer Kantone, inklusive des Kantons Zürich. Mit der Marktliberalisierung ist das nicht mehr der Fall. Die sind ganz wichtig, diese Rahmenbedingungen. Es geht nicht, zu sagen «es ist jemand anders schuld». Ich sage auch nicht, dass die Liberalisierung nur falsch war, die hatte durchaus positive Effekte, diese Marktliberalisierung. Aber es bedeutet halt, dass diese Sicherheit nicht mehr besteht, wie sie vorher bestanden hat.

Deshalb der Direktverkauf, die Idee, den Strom direkt von der AXPO an die Elektrizitätswerke zu verkaufen, die habe ich selber ja auch bereits eingebracht. Es liegt auf der Hand, aber es ist rechtlich einfach extrem schwierig, das muss ich Ihnen hier offen sagen, eben genau weil es einen liberalisierten Strommarkt gibt. Und da gibt es ein Kartellrecht und es gibt Submissionsrecht, die uns einschränken und in dem Sinne zwingen, uns an die Marktregeln zu halten. Einfach ein Beispiel: Wenn die EKZ ihren Strom kaufen, einkaufen für ihre gebundenen Kunden, dann dürfen sie nicht einfach wählen, wo sie wollen, sondern sie müssen es ausschreiben oder sie beschaffen es am Strommarkt. Das heisst, selbst wenn sie teureren Strom einkaufen wollten bei der AXPO, dann dürfen sie das nicht, und das macht halt die Sache entsprechend schwierig, wenn man jetzt das so verkaufen will. Aber grundsätzlich gibt es Möglichkeiten und daran wird auch entsprechend gearbeitet.

Einige sonderbare Aussagen sind noch gefallen, zu denen ich nur noch kurz eine Klarstellung abgeben möchte. Es wurde gesagt, die Baudirektion sei Eigentümerin der EKZ. Meine Damen und Herren, der EKZ-Verwaltungsrat wird von Ihnen gewählt, nicht von mir. Ich hoffe, da sind wir uns einig.

Dann wurde noch erwähnt, dass eine parlamentarische Anfrage nicht beantwortet worden sei. Herr Ledergerber, vielleicht haben Sie das verpasst, sie ist beantwortet. Schauen Sie doch einfach noch einmal nach.

Dann zur Atomkraft, zu dieser Debatte möchte ich jetzt nicht viel sagen. Es ist klar, da gehen die Meinungen auseinander, aber es ist einfach schon wichtig zu akzeptieren, dass es eine gewisse zeitliche Komponente gibt in dieser Frage. In Flamanville in Frankreich ist eines der Kraftwerke, das zurzeit im Bau ist, und es ist im Bau seit 2007. Also wir sehen, es geht halt einfach nicht besonders schnell. Warum? Weil wir heute halt einfach mehr Sicherheitsanforderungen haben, als wir das in den Siebzigerjahren hatten. Deshalb wird es kompliziert. Und das ist auch einer der Gründe, warum weder die AXPO noch die Alpiq noch die BKW

(*Bernische Kraftwerke*) noch die Repower oder irgendein anderes EVU in der Schweiz plant, ein Atomkraftwerk zu bauen. Es liegt halt an den finanziellen Risiken, die damit einhergehen. Übrigens ist mir auch keine Bank bekannt, die das finanzieren will. Grundsätzlich: Machen Sie doch konkrete Vorschläge, wie das aussehen soll, dann können wir auch über konkrete Pläne diskutieren. Da bin ich grundsätzlich offen, ich habe da keine Probleme bezüglich Technologie-Verboten, man kann gut darüber sprechen. Aber wenn wir darüber sprechen, dürfen Sie nicht erstaunt sein, wenn dann die Argumentation nicht überzeugt.

Noch ein Wort zur AXPO, denn das wurde jetzt ja auch mehrfach erwähnt, auch von Valentin Landmann. Der Strom sei da verzockt worden, man habe sich verspekuliert. Das möchte ich gerne nochmals klarstellen: Die AXPO hat sich hier nicht verspekuliert. Es wurde auch gesagt, die AXPO hätte mehr Strom verkauft, als sie hätte. Nein, das stimmt auch nicht. Sie hat den Strom, den sie in Zukunft produziert, einfach bereits verkauft, und das ist grundsätzlich ein relativ übliches Vorgehen. Das Problem, das sich in diesen Absicherungen stellt, heisst «Margining» – das wurde jetzt in den Medien schon viel diskutiert – und liegt darin, dass Sie Sicherheiten an der Börse hinterlegen müssen, das ist wie eine Mietkaution. Sobald Sie den Strom geliefert haben, kriegen Sie diese Sicherheit zurück. Das heisst, solange Sie halbwegs gesund sind und den Strom auch liefern können, ist das mit diesen Sicherheiten nicht ein grundsätzliches Problem. Nur sind diese Sicherheiten so hoch angestiegen, dass selbst die Aufnahme von enormen Mengen von Fremdkapital, welche die AXPO getätigt hatte, nicht mehr ausgereicht hat. Deshalb hat die AXPO den Rettungsschirm beantragt, und das hätte ich übrigens auch gemacht, wenn ich im AXPO-Verwaltungsrat gesessen wäre. Es ist übrigens auch nicht eine Absicherung der ausländischen Produktion, einfach, damit hier auch keine Missverständnisse entstehen, sondern es ist eine Absicherung der inländischen Stromproduktion, der Stromproduktion in der Schweiz. Es ehrt mich ja, wenn Sie glauben, dass die Regierungsräte in der AXPO – oder beispielsweise ich als Verwaltungsrat in der AXPO – einen besseren Job machen würden, aber ich bin der Ansicht, dass die AXPO aktuell gut geführt ist. Das Problem liegt nicht in der AXPO-Führung, das Problem liegt in den enormen Marktverwerfungen, die wir so noch nie erlebt haben und die auch niemand vorhergesagt hat. Deshalb bin ich der Ansicht, dass die Entpolitisierung des Verwaltungsrates, die 2017 stattgefunden hat, immer noch richtig ist. Besten Dank.

*Ratspräsidentin Esther Guyer:* Besten Dank. Mit der Diskussion im Rat ist das Geschäft erledigt.